

**Antwort
der Bundesregierung**

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Edith Niehuis, Brigitte Adler, Robert Antretter, Ingrid Becker-Inglau, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Thea Bock, Anni Brandt-Elsweier, Dr. Eberhard Brecht, Peter Büchner (Speyer), Edelgard Bulmahn, Marion Caspers-Merk, Dr. Nils Diederich (Berlin), Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Elke Ferner, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Günter Graf, Michael Habermann, Dr. Liesel Hartenstein, Reinhold Hiller (Lübeck), Renate Jäger, Dr. Ulrich Janzen, Horst Jaunich, Volker Jung (Düsseldorf), Horst Jungmann (Wittmoldt), Klaus Kirschner, Marianne Klappert, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Regina Kolbe, Walter Kolbow, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Brigitte Lange, Detlev von Larcher, Robert Leidinger, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Ulrike Mascher, Dr. Dietmar Matterne, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Dr. Franz-Josef Mertens (Bottrop), Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Siegmar Mosdorf, Gerhard Neumann (Gotha), Doris Odendahl, Günter Oesinghaus, Jan Oostergetelo, Manfred Opel, Dr. Helga Otto, Albert Pfuhl, Manfred Reimann, Renate Rennebach, Gudrun Schaich-Walch, Siegfried Scheffler, Dieter Schloten, Ursula Schmidt (Aachen), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Emil Schnell, Ottmar Schreiner, Gisela Schröter, Dr. R. Werner Schuster, Ernst Schwanhold, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Erika Simm, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Dr. Gerald Thalheim, Uta Titze, Hans-Günther Toetemeyer, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Hans Georg Wagner, Dr. Konstanze Wegner, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Dr. Axel Wernitz, Hildegard Wester, Lydia Westrich, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzel, Gudrun Weyel, Berthold Wittich, Verena Wohlleben, Hanna Wolf

— Drucksache 12/2913 —

Europäische Strukturförderung

Der Europäische Sozialfonds ist der älteste der drei Fonds in der Europäischen Gemeinschaft. Als die Strukturfonds Ende der 80er Jahre reformiert wurden, sollten über den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Ziele „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ (Ziel 3) und „Erleichterung der Eingliederung der Jugendlichen in das Erwerbsleben“ (Ziel 4) gemäß der ESF-Durchführungsverordnung Frauen als prioritäre Personengruppe gefördert werden.

Auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Binnenmarkt und Frauenpolitik“ konnte die Bundesregierung 1990 noch keine Prognose über die Zunahme oder Abnahme der Förderung von Frauen durch den ESF nach der Reform abgeben (Drucksache 11/6334). Nach dreijähriger Erfahrung mit dem reformierten ESF werden mittlerweile ausreichende Daten vorliegen.

Da die EG-Kommission mit Blick auf die Jahre 1993 bis 1996 an neuen Richtlinien für den Europäischen Strukturfonds arbeitet, kommt der Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Belange von Frauen erneute Bedeutung zu. In der veränderten Situation durch den EG-Binnenmarkt gilt es sicherzustellen, daß der Binnenmarkt sich nicht negativ auf die Beschäftigungssituation von Frauen auswirkt, sondern vielmehr die berufliche Situation von Frauen verbessert.

I. Vorbemerkung

1. Mittel der EG-Strukturfonds (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung – EFRE, Europäischer Sozialfonds – ESF und Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung – EAGFL) werden in der Bundesrepublik Deutschland zur Umstellung der Regionen, die vom industriellen Niedergang besonders schwer betroffen sind (sog. Ziel 2), zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (Ziel 3), zur Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben (Ziel 4), zur beschleunigten Entwicklung der Agrarstrukturen (Ziel 5 a) sowie zur Entwicklung des ländlichen Raums (Ziel 5 b) eingesetzt. Hierbei kommen zur Verwirklichung
des Ziels 2 der EFRE und der ESF,
der Ziele 3 und 4 der ESF,
des Ziels 5a der EAGFL und
des Ziels 5b der EAGFL, der EFRE und der ESF
zum Einsatz. Programme zur Entwicklung und zur strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1, Gebiete mit einem Bruttoinlandsprodukt/Kopf von weniger als 75 v. H. des Gemeinschaftsdurchschnitts) gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Allerdings erhalten die neuen Bundesländer Förderkonditionen (mit Ausnahme des EG-Finanzbeteiligungssatzes), die denen der Ziel-1-Gebiete vergleichbar sind.
2. Die Kleine Anfrage zur Europäischen Strukturförderung bezieht sich insbesondere auf die „dreijährigen Erfahrungen mit dem reformierten ESF“. Die reformierte EG-Strukturfonds-förderung ist zum 1. Januar 1989 in Kraft getreten, ihr effektiver Beginn hat sich jedoch unterschiedlich gestaltet. Während die EFRE-Förderung zur Umstellung der Regionen, die vom industriellen Niedergang besonders schwer betroffen sind, bereits 1989 anlief, setzte die ESF-Förderung generell, also in allen Zielen¹⁾ und allen Mitgliedstaaten, erst 1990 ein. Das Jahr 1989

¹⁾ Da im Rahmen von Ziel 5a lediglich EAGFL-Mittel zum Einsatz kommen, bleibt es im folgenden unberücksichtigt.

war für den ESF ein Übergangsjahr, in dem noch nicht die Programm-, sondern noch die projektbezogene Förderung (nach dem alten Fonds) zur Anwendung kam. Die Daten dieses Jahres sind daher mit denen der Folgejahre nicht vergleichbar und müssen somit aus systematischen Gründen getrennt ausgewiesen werden. Die Aufschlüsselung der Daten der ESF-Förderung des Jahres 1989 ist mit Schreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 29. Juni 1990 dem Unterausschuß zu Fragen der Europäischen Gemeinschaft des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zugeleitet worden. Eine weitere Untergliederung der hier aufgeführten Daten konnte nicht vorgenommen werden. Auf die diesem Schreiben beigefügten Übersichten wird bei der Beantwortung der Fragen 3 und 4 verwiesen; sie werden daher der Vollständigkeit halber hier noch einmal aufgeführt.

3. Aggregierte Daten können dementsprechend nur für den Förderzeitraum 1990 bis 1992 auf der Basis der Operationellen Programme erstellt werden, die auch EDV-mäßig erfaßt sind. Diese Zahlen, mit denen auch die EG-Kommission arbeitet, beruhen zum Teil auf Schätzungen. Da sehr viele Maßnahmen vor allem zugunsten Jugendlicher über mehrere Jahre laufen, können definitive Angaben erst dann gemacht werden, wenn die Schlussabrechnung für den Förderzeitraum 1990 bis 1992 erstellt wird. Aufgrund der mit der Reform einhergehenden Umstellung der Strukturfondsförderung sowie des von der EG-Kommission selbst eingestandenen komplizierten und verwaltungsaufwendigen Planungs- und Antragsverfahrens haben sich bei der EG-Kommission und den Mitgliedstaaten in der Anfangsphase Verzögerungen eingestellt. Die ersten Mittelüberweisungen aus dem ESF erfolgten erst im Spätherbst 1990, so daß in den meisten Fällen die Projektförderung im Rahmen der Ziele 2, 3 und 4 erst Ende 1990/Anfang 1991 anlief. Die EG-Kommission hat daher den jetzigen Förderzeitraum 1990/92 um ein Jahr bis Ende 1993 verlängert. Die bis dahin bewilligten Projekte können bis Ende 1994 realisiert werden. Das hat zur Folge, daß erst zu diesem Zeitpunkt eine definitive Aufgliederung der Daten, wie sie in der vorliegenden Kleinen Anfrage verlangt wird, möglich ist.
4. Der Beginn der Förderung aus allen drei Fonds im Rahmen des Ziels 5 b hat sich noch mehr verzögert. In acht Bundesländern sind 5 b-Gebiete ausgewiesen. Lediglich in drei Bundesländern wurden die entsprechenden Förderprogramme 1990 genehmigt, in vier 1991 und in einem (mit rückwirkendem Inkrafttreten zum 1. Januar 1991) 1992. Die ESF-Mittel sind wegen des späten Programmbeginns erst zu einem ganz geringen Teil abgeflossen; verlässliche Angaben können daher noch nicht gemacht werden. Lediglich Aussagen über die geplante Mittelverwendung sind möglich.
5. Trotz dieser zum jetzigen Zeitpunkt schwierigen Datenaufbereitung und der noch mit Vorbehalten versehenen Aussagen kann jedoch festgestellt werden, daß Frauen durch die ESF-Förderung in der Bundesrepublik Deutschland in größerem

Ausmaß als Männer begünstigt worden sind. Das mag auch damit zusammenhängen, daß die Palette der Fördermöglichkeiten nach dem ESF sehr flexibel ist und somit die Konzeption gezielterer Maßnahmen erleichtert wird. So halten etwa die Leitlinien für die Beteiligung des ESF an Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und zur Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben (ABl. Nr. C vom 24. Februar 1989, S. 6) fest, daß Frauen, die nach längerer Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt anstreben, Langzeitarbeitslosen gleichgestellt sind. Die Bundesregierung konnte im Rahmen der Auslegung gegenüber der EG-Kommission durchsetzen, daß bei der Anerkennung als Langzeitarbeitslose kurzfristige Beschäftigungszeiten der Berufsrückkehrerinnen unberücksichtigt bleiben können. Eine weitere auf die Bundesregierung zurückgehende Erleichterung bietet die Möglichkeit, daß bei der Förderung der beruflichen Wiedereingliederung von Frauen die Kosten für die Betreuung sowohl von Kindern als auch von pflegebedürftigen Familienangehörigen, sofern den Teilnehmerinnen erst mit Hilfe entsprechender Dienstleistungen die Aufnahme einer Berufsbildungsmaßnahme und die anschließende Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird, im Rahmen von ESF geförderten Projekten als zuschußfähige Kosten anerkannt werden.

6. Für den Einsatz des ESF sind frauenspezifische Förderbedingungen erforderlich, da Frauen in allen EG-Staaten hinsichtlich ihrer Ausbildungs- und Berufschancen sowie ihrer Stellung im Erwerbsleben nach wie vor benachteiligt sind. Das spiegelt sich auch in der europaweiten Arbeitslosenquote von Frauen insgesamt wider, die tendenziell erheblich höher als die der Männer ist.
7. Diese Benachteiligungen beruhen vor allem auf strukturellen Hindernissen, z. B. dem erschwerten Zugang zu Maßnahmen der beruflichen Bildung und Weiterbildung, der mangelnden Kinderbetreuung bei Aus-/Weiterbildungen, den mangelnden teilzeitorganisierten Weiterbildungsangeboten und der Konzentration auf typische Berufsbereiche, die im Kern durch die immer noch bestehende Doppelbelastung der Frauen mit Familie und Beruf verursacht werden. Insgesamt ist die Ausgangssituation der Frauen im Vergleich zu Männern ungünstiger, wobei z. T. erhebliche Unterschiede zwischen den EG-Mitgliedstaaten bestehen. Wenn somit die bisher im Hinblick auf die Herstellung der Chancengleichheit von Männern und Frauen im Erwerbsleben getroffenen Maßnahmen auch noch nicht ausreichen, so ist dennoch, wie in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Binnenmarkt und Frauenpolitik“ (Drucksache 11/6334) angedeutet, festzustellen, daß EG-weit die Arbeitslosigkeit der Frauen tendenziell stärker zurückgeht als die der Männer. So hat sich in den letzten vier Jahren die Arbeitslosenquote der Männer von 7,9 v. H. auf 8 v. H. erhöht, die der Frauen ist dagegen von 12,6 v. H. auf 11,6 v. H. gesunken.

8. Die Vollendung des Binnenmarktes stellt auch die Frauen vor neue Herausforderungen. Der kontinuierlich sich vollziehende Strukturangepässungsprozeß in der Wirtschaft läßt neuen Ausbildungsbedarf entstehen und macht im allgemeinen eine Höherqualifizierung erforderlich. Auch die beruflichen Strukturen verschieben sich, Berufe verschwinden oder erhalten einen neuen Inhalt, neue Tätigkeiten entstehen. Wie in den o. g. Leitlinien festgehalten, soll der Europäische Sozialfonds ange-sichts dieser Entwicklungen (gerade auch durch frauenspezi-fische Maßnahmen auf dem Gebiet der Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik) zur Festigung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft beitragen, die Wir-kungen der Gemeinschaftsaktionen verstärken und einen Bei-trag zur Konkretisierung der sozialen Dimension des Binnen-marktes leisten.
9. Für die gesamte Bundesrepublik Deutschland, besonders aber für die neuen Bundesländer, ist es von großer Bedeutung, die aus dem zweiten Aktionsprogramm zur Förderung der Chan-cengleichheit der EG stammenden Netzwerke zur Frauenför-derung verstärkt zu verankern, überregional zu koordinieren und ihre Erfahrung zu nutzen. Die Bundesregierung fördert deshalb eine bundesweite Koordinierungsstelle des Netzwer-kes zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung „IRIS“. Die Koordinierungsstelle hat die Aufgaben, das Netz-werk in der Bundesrepublik Deutschland zu erweitern, die Koordination und den Erfahrungsaustausch zwischen den mittlerweile 47 Projekten zu organisieren und zu unterstützen. Durch IRIS können aufgrund der transnationalen Kontakte, die die Mitgliedsprojekte des Netzwerkes haben, wichtige Impulse auch für die Gemeinschaftsinitiative NOW (New Opportunities for Women) gegeben werden. Die Arbeit der IRIS-Koordinie-rungsstelle ist gerade in den neuen Bundesländern besonders wichtig, weil die Mitgliedschaft in IRIS bessere Informationen über EG-Frauenfördermaßnahmen ermöglicht und damit eine wichtige Vorstufe zur Einbeziehung in die Förderung von EG-Strukturmaßnahmen werden kann.

II. Im einzelnen

1. Welche Frauenfördermaßnahmen wurden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in den einzelnen Jahren von 1988 bis 1991 finanziert?
Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die in diesen Jahren absolut/prozentual aus dem EFRE in Frauenfördermaßnahmen investiert wurden?
Wie hoch ist der Anteil (absolut/prozentual), der auf Frauenfördermaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland entfällt?

Gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates über die Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds (ABl. Nr. L 185 vom 15. Juli 1988, S. 9) hat der EFRE die Aufgabe, die Umstellung und Entwicklung der Regionen nach den Zielen 1, 2 und 5 b zu unterstützen.

Hierzu beteiligt sich der EFRE an

- produktiven Investitionen,
- der Errichtung und Modernisierung von Infrastrukturen,
- Maßnahmen zur Erschließung des endogenen Potentials der Regionen.

Da der EFRE ausschließlich regionalpolitische Maßnahmen fördert, wird eine Unterteilung der Interventionsformen nach Personengruppen nicht vorgenommen. Das Geschlecht der Endbegünstigten ist bei der Durchführung der EFRE-Interventionen kein maßgebliches Kriterium. Daher existieren auch keine statistischen Angaben darüber, in welchem Ausmaß Frauen durch EFRE-Mittel begünstigt worden sind.

2. Welche Frauenfördermaßnahmen wurden aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) in den einzelnen Jahren von 1988 bis 1991 finanziert?

Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die in diesen Jahren absolut/prozentual aus dem EAGFL in Frauenfördermaßnahmen investiert wurden?

Wie hoch ist der Anteil (absolut/prozentual), der auf Frauenfördermaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland entfällt?

Gemäß Artikel 3 Abs. 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates über Aufgaben und Effizienz der Strukturfonds ist der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) im Hinblick auf die Festigung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts das Hauptinstrument zur Finanzierung der Agrarstrukturanpassung und der Entwicklung des ländlichen Raumes mit den Zielen

- a) Stärkung und Umgestaltung der Agrarstrukturen einschließlich der Strukturen für die Vermarktung und Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Fischereierzeugnissen sowie von Erzeugnissen der Forstwirtschaft, insbesondere im Hinblick auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik;
- b) Umstellung der Agrarproduktion und Förderung der Entwicklung komplementärer Tätigkeiten für die Landwirte;
- c) Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für die Landwirte;
- d) Beitrag zur Entwicklung des sozialen Gefüges in den ländlichen Gebieten, zum Schutz der Umwelt und zur Erhaltung des ländlichen Raumes (einschließlich der Erhaltung der natürlichen Ressourcen der Landwirtschaft) sowie zum Ausgleich der Auswirkungen naturgegebener Nachteile für die Landwirtschaft (Ziel 5).

Mit EAGFL-Mitteln werden vorrangig investive Maßnahmen im ländlichen Raum kofinanziert. Förderschwerpunkte sind:

- Dorferneuerung
 - Wiederherstellung des typischen dörflichen Ortsbildes und der ortsbildprägenden Bausubstanz,
 - Um-, Aus-, und Neubau von Gebäuden und Anlagen für gemeinschaftliche Zwecke, Versorgungs- und Dienstleistungsaufgaben einschließlich für das Kleinhandwerk,

- Aufbau sozialer Selbsthilfeorganisationen;
- Verbesserung der Infrastruktur
 - landwirtschaftlicher Wegebau einschließlich Dorfstraßen und Hofzufahrten,
 - Wasserver- und Abwasserentsorgungsleitungen einschließlich -anlagen,
 - Sanierung überörtlicher Gewässer sowie Hochwasserschutz;
- Diversifizierung und Entwicklung des Agrartourismus
 - Ausbau von Ferienwohnungen und Gästebetten in Bauernhöfen,
 - spezielle Marketingaktivitäten,
 - Verbesserung des Erholungswertes des Waldes,
 - Anpflanzungen zum Schutz vor Staub, Aerosolen, Geruchsbelästigungen,
 - Ausbau von Rad-, Wander- und Reitwegen;
- Verbesserung der Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft, verbunden mit der Schaffung und Erhaltung einer abwechslungsreichen Kulturlandschaft
 - Neuordnung und Gestaltung der Feldflur,
 - umweltgerechte Lagerung und Ausbringung organischer und mineralischer Dünger sowie Pflanzenschutzmittel,
 - Energieeinsparung in den landwirtschaftlichen Unternehmen,
 - Wiederaufforstung und naturnahe Waldwirtschaft,
 - Biotopverbundsysteme.

Das zur Anwendung kommende Maßnahmespektrum wurde und wird, soweit im Laufe der 5-Jahres-Periode weitere Maßnahmen hinzukommen, von den Ländern bestimmt. Die Operationellen Programme enthalten keinen Hinweis zu geschlechtsbezogenen Förderungsmaßnahmen. Spezielle Frauenförderungsprogramme wurden im Hinblick auf die genannten Ziele und Schwerpunkte nicht konzipiert.

3. Welche Frauenfördermaßnahmen wurden aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in den einzelnen Jahren von 1988 bis 1991 finanziert?
Wie hoch sind die finanziellen Mittel, die in diesen Jahren absolut/prozentual aus dem ESF in Frauenfördermaßnahmen investiert wurden?
Wie hoch ist der Anteil (absolut/prozentual), der auf Frauenfördermaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland entfällt?

Grundsätzlich sind die Maßnahmen so konzipiert, daß sowohl Frauen als auch Männer daran teilnehmen können. Die Kommission schätzt, daß EG-weit etwa 42 v. H. der Teilnehmer an ESF-geförderten Maßnahmen Frauen sind.

1989 wurde in der Bundesrepublik Deutschland als frauenspezifische Maßnahme die berufliche Bildung, Beschäftigung und Niederlassung von Frauen in Berufen, in denen sie unterrepräsentiert

waren, gefördert. Vorgesehen waren hierfür 34,4 Mio. DM oder rd. 9 v. H. der Gesamtmittel in Höhe von 390,5 Mio. DM.

Im Gemeinschaftlichen Förderkonzept für die Ziele 3 und 4 der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum 1990/92 haben Bund und Länder eine ganze Reihe frauenspezifischer Maßnahmen konzipiert, so etwa

- spezifische Maßnahmen zur Eingliederung von Frauen in Berufen, in denen sie stark unterrepräsentiert sind, sowie Maßnahmen der beruflichen Bildung und der beruflichen Eingliederung von Frauen, die nach längerer Unterbrechung wieder eine Tätigkeit aufnehmen möchten; Qualifizierung in für Frauen atypischen Berufen;
- spezifische Maßnahmen der Berufsbildung und/oder Einstellungsbeihilfen für junge Frauen in Berufen, in denen sie stark unterrepräsentiert sind;
- Entwicklung und Erprobung von Qualifizierungs- und Einarbeitungsmodellen für Frauen nach einer längeren Familienphase, die den Anforderungen eines von neuen Technologien stark geprägten Arbeitslebens entsprechen und somit den Frauen langfristig Beschäftigungschancen geben;
- Qualifizierungsmaßnahmen und Einstellungsbeihilfen zur Förderung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze für Frauen, die nach einer längeren Unterbrechung aufgrund einer Familienphase wieder eine Beschäftigung aufnehmen möchten. Die Qualifizierungsmaßnahmen knüpfen an die ehemals erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten an. Schwerpunkt ist auch hier die Qualifizierung im Bereich der neuen Technologien;
- Gewährung von Beihilfen oder Lohnkostenzuschüssen, wenn im Anschluß an eine Qualifizierung für Frauen ein Dauerbeschäftigteverhältnis oder ein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen wird;
- mädchen spezifische Orientierungs-, Motivations- und Vorqualifizierungsmaßnahmen sowie über- bzw. außerbetriebliche Ausbildungen in anerkannten Berufen für Mädchen, vornehmlich in gewerblich-technischen Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind;
- Qualifizierung von Frauen im Rahmen der Sanierung eines sozialen Brennpunktes;
- Ausbildung und berufliche Eingliederung insbesondere von langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen.

Von den für den Zeitraum 1990/92, in Preisen von 1989, vorgesehenen ESF-Mitteln im Rahmen der Ziele 3 und 4 in Höhe von 573 Mio. ECU (rd. 1,16 Mrd. DM) entfielen 33,7 Mio. ECU (rd. 68 Mio. DM) oder 5,9 v. H. auf reine Frauenmaßnahmen.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen „Humanressourcen“ hat die EG-Kommission zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern die grenzüberschreitende Initiative NOW (New Opportunities for Women) beschlossen. Von den zur Realisierung vorgesehenen Gesamtmitteln in Höhe von 165 Mio. ECU entfallen 11,5 Mio. ECU (rd. 23 Mio. DM) auf die Bundesrepublik

Deutschland. Gefördert werden vorrangig die Entwicklung und Erprobung innovativer Qualifizierungskonzepte für Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg und zur Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und arbeitslosen jungen Frauen in den Arbeitsmarkt sowie die Entwicklung und Erprobung neuer Beratungs- und Weiterbildungskonzepte zur Unterstützung von Existenzgründungen durch die o. g. Zielgruppen. Dabei sind die für Frauen notwendigen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, so sind z. B. begleitende Kinderbetreuungsmaßnahmen vorgesehen. Die zu fördernden Projekte sollen exemplarischen Charakter haben und müssen, um zuschüßfähig zu sein, einen Partner in einem anderen EG-Mitgliedstaat und hier in einem Gebiet mit Entwicklungsrückstand (BIP/Kopf kleiner als 75 v. H. des Gemeinschaftsdurchschnitts) haben. Letzteres Kriterium hat einen grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch sowie einen Transfer von Know-how in die ärmeren Regionen der Gemeinschaft zum Ziel. Bundesweit sollen etwa 1 500 Frauen im Rahmen von NOW-Projekten gefördert werden. Darüber hinaus werden von diesen Maßnahmen beträchtliche Multiplikatorwirkungen für den Arbeitsmarkt erwartet. Die Umsetzung gestaltet sich derzeit noch schwierig, da die Förderstrukturen des Europäischen Sozialfonds nicht mit den entsprechenden Förderstrukturen auf Bundes- und Landesebene zur Förderung innovativer Frauenprojekte und den Möglichkeiten kleinerer innovativer Träger solcher Projekte zur Sicherung der Kofinanzierungsmittel (die zu fördernden Projekte werden bis zu 45 v. H. aus ESF-Mitteln und mindestens zu 55 v. H. aus nationalen, in erster Linie öffentlichen, Mitteln finanziert) übereinstimmen. Die erforderliche Bestätigung, daß auch der ausländische Partner gefördert wird, ist ein weiteres Hemmnis.

Was die Frage nach der Umsetzung der ESF-Fördermittel in frauenspezifische Projekte anbetrifft, kann zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der verzögerungsbedingten Mittelübertragungen auf die Folgejahre noch keine repräsentative Antwort gegeben werden. Eine Testauswertung des bisherigen Mittelabflusses im Hinblick auf Aussagefähigkeit konnte wegen der bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage noch nicht vollständig vorliegenden Schlußzahlungsanträge für das Jahr 1991 aus den westlichen Bundesländern nicht durchgeführt werden (vgl. auch Antwort zu Frage 5).

4. Wie viele Frauen, wie viele Männer wurden in den einzelnen Jahren von 1988 bis 1991 durch die unter den Fragen 1 bis 3 genannten Fonds gefördert, welcher Altersgruppe, welchem Familienstand und welcher Familiengröße gehörten sie an, getrennt nach Maßnahmen?

Da im Bereich des EFRE und des EAGFL keine statistische Unterscheidung der Endbegünstigten nach Personengruppen aufgrund der regional- und agrarpolitischen Zielsetzung vorgenommen wird, sind Angaben in diesen Bereichen nicht möglich.

Im Jahr 1989 wurden aus ESF-Mitteln im Rahmen einer frauenspezifischen Maßnahme 10 274 Frauen bei 73 339 Förderfällen insgesamt gefördert. Das entspricht einem Anteil von 14 v. H.

Nach den auf der Grundlage einer Zufallsstichprobe ermittelten Anteilen, die auf die Grundgesamtheit hochgerechnet wurden, betrug der Prozentsatz der Frauen an den allgemeinen Fördermaßnahmen 23,1 v. H., so daß sich somit ein Frauenanteil von 24 674 Personen oder etwa 34 v. H. insgesamt ergibt. Aggregierte Daten zur Altersgruppe, Familienstand und Familiengröße sind nicht vorhanden, so daß hierüber keine Angaben gemacht werden können.

Zur Verteilung der Förderfälle auf die einzelnen Maßnahmen wird auf die anliegenden Tabellen 1 bis 31 verwiesen. Diese Tabellen enthalten auch Angaben über die regionale Aufgliederung sowie über die Träger, wie sie in Frage 5 verlangt worden sind. Eine Untergliederung nach Frauen und Männern bei den allgemeinen Fördermaßnahmen ist datenmäßig nicht vorgenommen worden.

Im Förderzeitraum 1990/92 werden aus dem ESF im Westen Deutschlands etwa 500 000 Personen gefördert, wobei sich das Verhältnis von geförderten Frauen zu geförderten Männern auf etwa 51 zu 49 beläßt. Nach den vorläufigen Berechnungen dürften etwa 260 000 Frauen und 240 000 Männer gefördert werden. Eine genaue Aufteilung kann aber erst aufgrund der Schlußabrechnung vorgenommen werden.

Ein verlässliches Bild über die Anzahl der geförderten Frauen ergibt sich für die neuen Bundesländer (vgl. Antwort zu Frage 6). Im Gegensatz zu den in den alten Bundesländern anzuwendenden Verfahren ermöglicht die Jahresbetrachtung für 1991, dem ersten Jahr der Strukturfondsförderung, hier eine realistische Aussage. Die für ein Kalenderjahr festgelegten Förderbeträge können insgesamt abgerechnet werden, auch wenn ihre Verausgabung in das Folgejahr fällt. Im Westen Deutschlands dagegen wird am 31. Dezember eines jeden Jahres eine Zäsur gemacht. Die bis zu diesem Zeitpunkt nicht verausgabten Mittel müssen mittels eines Änderungsantrages auf das nächste Jahr übertragen werden. Eine Jahresbetrachtung würde aufgrund der praktisch jedes Jahr erforderlichen Übertragungen ein verzerrtes Bild ergeben. Ein realistisches Bild kann daher erst am Ende des Förderzeitraums gezeichnet werden. Das betrifft auch die Verteilung von Männern und Frauen auf die einzelnen Maßnahmen.

Die Bundesregierung wird, wie in Antwort zu Frage 3 angedeutet, eine Testauswertung der 1991er Schlußzahlungsanträge vornehmen und bei Aussagefähigkeit der Daten die Ergebnisse des Jahres 1991 nachliefern.

Daten über Familienstand, Familiengröße sowie Alter, getrennt nach Geschlechtern, werden nicht erhoben.

5. Wie wurde die Verteilung der Fördermaßnahmen durch die Fonds, insbesondere durch den ESF, in der Bundesrepublik Deutschland organisiert (von der Information über die Antragstellung bis zur Bewilligung)?

Auf welche Träger und Regionen verteilten sich die Fördermaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Frauenfördermaßnahmen in den einzelnen Jahren von 1988 bis 1991 in der Bundesrepublik Deutschland?

Die Abwicklung der in den Programmen vorgesehenen EFRE- und EAGFL-Maßnahmen obliegt den Bundesländern. Anträge auf Zuschüsse aus laufenden Förderprogrammen sind bei den jeweiligen Wirtschafts- bzw. Landwirtschaftsministerien zu stellen. Die Endbegünstigten erfahren nachrichtlich, ob die von ihnen durchgeführten Maßnahmen auch durch EFRE- bzw. EAGFL-Mittel unterstützt werden.

Zur Verteilung der ESF-Fördermaßnahmen im Jahr 1989 auf Träger und Regionen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Die ESF-Mittel (für den Zeitraum ab 1990) im Rahmen der Ziel 2- und Ziel 5 b-Förderprogramme wurden in toto den jeweiligen Bundesländern zugewiesen, die Fördermaßnahmen aufgrund ihrer spezifischen Bedürfnisse sowie ihrer landespolitischen Prioritäten konzipiert haben. Die Maßnahmen werden von den Ländern auch in eigener Verantwortung umgesetzt. Entsprechendes gilt für die Bewilligung der zu fördernden Projekte.

Die Fördermittel im Rahmen von Ziel 3 und 4 wurden im Westen Deutschlands zwischen Bund und Ländern im Verhältnis von 51 : 49 aufgeteilt, wobei das Bundesprogramm über die Bundesanstalt für Arbeit umgesetzt wird. Bund und Länder haben auf der Grundlage einer bundesweiten bzw. landesweiten Arbeitsmarktanalyse ihre jeweiligen Förderschwerpunkte festgelegt und diese mit der Kommission partnerschaftlich abgestimmt. In das Abstimmungsverfahren waren auf Landes-, Bundes- und Gemeinschaftsebene auch die Sozialpartner eingeschaltet.

Die regionale Verteilung der Fördermaßnahmen, wie sie in dem Gemeinschaftlichen Förderkonzept 1990/92 für die Ziele 3 und 4 festgelegt ist, kann den anliegenden Tabellen 32 bis 44 entnommen werden. In den Unterlagen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung sind etwa 2 000 Träger erfaßt, die ESF-Maßnahmen durchgeführt haben. Angaben über die Verteilung der Maßnahmen auf die einzelnen Träger können für den Zeitraum ab 1990 nicht mehr gemacht werden, weil die Projektbewilligung mit Ausnahme für die Gemeinschaftsprogramme „Humanressourcen“ ausschließlich durch die Länder erfolgt und der Bund keinen Zugang zu diesen Daten hat.

Anträge auf Förderung sind bei den zuständigen Arbeitsministerien der Länder oder den von ihnen beauftragten Stellen oder bei den Arbeitsämtern zu stellen; diese Behörden sprechen auch die Bewilligung aus. Im Gegensatz zu den Ländern ist die Förderung des Bundes (über die Arbeitsämter) rein personen- und nicht projektbezogen.

Eine Ausnahme von der personenbezogenen Förderung bilden die grenzüberschreitenden Projekte, die im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen „Humanressourcen“ EUROFORM (Förderung neuer beruflicher Qualifikationen und Beschäftigungsmöglichkeiten im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt), NOW (Förderung der Chancengleichheit für Frauen im Bereich der Beschäftigung und Berufsausbildung) und HORIZON (Förderung Behinderter und anderer benachteiligter Gruppen im Hinblick auf die Verbesserung der Zwangsbedingungen zum Arbeitsmarkt) geför-

dert werden. Bewilligungsbehörde ist hier der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, wobei die zu fördernden Projekte (Einzelpersonen können keinen Förderantrag stellen!) durch das Bundesinstitut für Berufsbildung, die BBJ SERVIS GmbH (für EUROFORM und NOW) und den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (für HORIZON) im Hinblick auf das Bewilligungsverfahren vorgeprüft werden. Diese „Technische Hilfe“ wird zu 100 v. H. aus Mitteln der Gemeinschaft finanziert.

6. Wie wurde die Verteilung der Fördermaßnahmen durch die Fonds, insbesondere durch den ESF, in den neuen Bundesländern organisiert (von der Information über die Antragstellung bis zur Durchführung)?
Welche Maßnahmen wurden mit welcher Beteiligung (getrennt nach Geschlecht) in den neuen Bundesländern gefördert?
Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, besonders für Frauen in den neuen Bundesländern, Maßnahmen über die EG zu fördern?

Die Gemeinschaft hat auf der Grundlage der Verordnung Nr. 3575/90 über den Einsatz der Strukturfonds in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) (ABl. Nr. L 353 vom 17. Dezember 1990) im Beitrittsgebiet für den Zeitraum 1991/93 Strukturfondsmittel in Höhe von insgesamt 3 Mrd. ECU (in Preisen von 1991) zur Verfügung gestellt. Davon entfallen 50 v. H. auf den EFRE, 30 v. H. auf den ESF und 20 v. H. auf den EAGFL, Abteilung Ausrichtung. 110 Mio. ECU der EFRE-Mittel sind zur Finanzierung überbetrieblicher Bildungseinrichtungen vorgesehen. Eine Übersicht über die Förderschwerpunkte insgesamt sowie ihre regionale Verteilung ist den anliegenden Tabellen 45 bis 52 zu entnehmen.

Zur Umsetzung der EFRE- und EAGFL-Förderung wird auf Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Anders als in den alten Bundesländern wurden die ESF-Mittel zwischen Bund und Ländern im Verhältnis von 25:75 aufgeteilt, um den Ländern einen größeren landespolitischen Spielraum bei der Ausgestaltung der Förderung zu geben. Wie in Antwort zu Frage 5 bereits angedeutet, wurde ein sehr flexibler Förderansatz gewählt, um einerseits das verwaltungsaufwendige Änderungsverfahren bei Abweichungen innerhalb der geplanten Interventionsformen zu vermeiden und um andererseits flexibel auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Dieser Ansatz hat sich in der Praxis bewährt, was auch daran zu erkennen ist, daß die Länder – im Gegensatz zu den alten Bundesländern – die ihnen 1991 zugewiesenen Mittel zu 100 v. H. gebunden und verausgabt haben.

Für die neuen Bundesländer standen 1991 270 Mio. ECU an ESF-Mitteln zur Verfügung. Da sich die EG mit höchstens 50 v. H. an den Kosten der Förderprogramme beteiligt, ergibt sich somit ein Bewilligungsvolumen von über 1,1 Mrd. DM. Insgesamt zeigt sich bezüglich der geförderten Personen folgendes Bild:

Programm	Insgesamt	Frauen	Männer	Anteil Frauen
Berlin/Ost	4 715	2 914	1 801	62 v. H.
Brandenburg	32 598	25 388	7 210	78 v. H.
Mecklenburg-Vorpommern	4 116	2 143	1 973	52 v. H.
Sachsen-Anhalt	5 906	3 079	2 827	52 v. H.
Thüringen	25 829	10 752	15 077	42 v. H.
Sachsen	40 705	231 214	20 324	52 v. H.
Bund	11 567	6 030	5 537	52 v. H.

Aus Gründen einer möglichst großen Flexibilität bei der Umsetzung der ESF-Förderung wurden in den Operationellen Programmen die zu fördernden Maßnahmen begrenzt auf:

- den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozeß flankierende sozialpolitische Maßnahmen sowie
- Bekämpfung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit.

In beiden Förderschwerpunkten wurden sowohl Qualifizierungsmaßnahmen als auch Existenzgründungs- und Beschäftigungsbeihilfen vorgesehen. Die geschlechterspezifische Aufteilung auf die jeweiligen Qualifizierungsmaßnahmen entspricht mit einer leichten weiteren Verschiebung zugunsten der Frauen in etwa der obigen Verteilung. Lediglich bei den Existenzgründungs- und Beschäftigungsbeihilfen (etwa 15 v. H. der Gesamtmittel) überwiegt deutlich der Anteil der Männer (rd. zwei Drittel aller Fälle).

Die ESF-Gelder können grundsätzlich auch nach den für NOW gültigen Kriterien vergeben werden. Inwieweit dies geschieht, liegt jedoch in der Zuständigkeit der Länder. Der Bund hat sich zudem bereit erklärt, besonders anspruchsvolle grenzüberschreitende Frauenprojekte aus seinen ESF-Mitteln zu finanzieren, wenn die Länder selbst dazu nicht in der Lage sind.

Die Bundesregierung nimmt grundsätzlich keinen Einfluß auf die Förderprogramme der neuen Bundesländer, solange die Vorschriften der EG-Strukturfondsverordnungen eingehalten werden.

Der Bund fördert mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln über die Bundesanstalt für Arbeit aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesanstalt für Arbeit im wesentlichen Maßnahmen, die nach dem Arbeitsförderungsgesetz nicht förderfähig sind. Hier von sind insbesondere Frauen begünstigt, etwa durch die Gewährung von Unterhaltsgeld für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung, die lediglich Anspruch auf Erstattung der Maßnahmekosten haben, oder die Aufstockung der Kinderbetreuungskosten bis zu 250 DM monatlich in bestimmten Fällen.

7. Mit welchen Maßnahmen hat das Bundesministerium für Frauen und Jugend bzw. sein Vorgänger, das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, die Umsetzung der Frauenförderrichtlinien im Rahmen des ESF begleitet?

Das Bundesministerium für Frauen und Jugend und sein Vorgänger, das Bundesministerium für Jugend, Frauen, Familie und Gesundheit, waren sowohl an der Erarbeitung der Gemeinschaftlichen Förderkonzepte (Ost und West) als auch an der Erarbeitung der Operationellen Programme für die Gemeinschaftsinitiativen „Humanressourcen“ im Rahmen des ESF beteiligt. Das Ministerium ist auch im Begleitausschuß für die Gemeinschaftsinitiativen „Humanressourcen“ vertreten, der u. a. die Durchführung der Frauenfördermaßnahmen in diesen drei Initiativen überwacht und gegebenenfalls korrigiert.

8. Wurden die Fördermaßnahmen im Rahmen des ESF einer Erfolgskontrolle unterzogen?

Wenn ja, inwieweit ist es den Männern und Frauen durch die Maßnahme gelungen, sich dauerhaft in das Erwerbsleben einzugliedern (getrennt nach Maßnahmen und Geschlecht)?

Bislang wurden von der EG-Kommission verschiedene Evaluierungsstudien in Auftrag gegeben und durchgeführt. Als problematisch hat sich dabei stets erwiesen, daß ein methodologisches Konzept, einschließlich geeigneter Wirkungsindikatoren, erst noch auf EG-Ebene entwickelt werden mußte. Dies ist mittlerweile geschehen. In der dafür bei der EG-Kommission eingesetzten technischen Arbeitsgruppe sind seitens der Bundesrepublik Deutschland als Mitglieder Vertreter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit benannt worden.

Die Bundesregierung hat Ende 1991 das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Köln mit der „Evaluation der Effizienz des Einsatzes der Mittel des Europäischen Sozialfonds in der Bundesrepublik Deutschland (West)“ beauftragt. Diese umfassende Bewertung der geförderten Sozialfondemaßnahmen, die eine Projektträger- und Teilnehmerbefragung einschließt, soll zum Jahresende 1992 abgeschlossen werden. Unter anderem wird darin auch erfaßt, inwieweit die berufliche Eingliederung der Zielgruppen dauerhaft gelungen ist. Erhebungstechnisch wird diese Fragestellung allerdings das größte Problem darstellen. Es wäre zwar im Hinblick auf die Messung der Effizienz sinnvoll, u. a. eine sog. Übergangsquote (Anzahl der Absolventen eines Qualifizierungsprojektes, die einen Arbeitsplatz finden, im Verhältnis zu den Absolventen insgesamt) und eine Stabilitätsquote (Anteil der Absolventen, die nach sechs oder zwölf Monaten noch den gleichen Arbeitsplatz haben, im Vergleich zur gesamten Gruppe, die einen Arbeitsplatz gefunden hat) zu berechnen, jedoch bestehen neben Erfassungsproblemen wegen der Verarbeitung personenbezogener Daten auch datenschutzrechtliche Bedenken.

Umfragen bei Bildungsträgern und den Ländern haben ergeben, daß über 80 v. H. der Frauen und Männer, die eine ESF-finanzierte Qualifizierungsmaßnahme mit Erfolg abgeschlossen haben, den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt schaffen.

9. Welche Reform der Förderrichtlinien für die unter den Fragen 1 bis 3 genannten Fonds sieht die EG-Kommission für 1993 ff. vor?
Bis wann sollen die neuen Förderrichtlinien erstellt sein?
Welche konkreten Einwirkungsmöglichkeiten hat die Bundesregierung auf die Reformierung der Förderrichtlinien, und wie wird das Bundesministerium für Frauen und Jugend einbezogen?

Die EG-Kommission will die Grundsätze der Strukturfondsreform 1988 für den Zeitraum ab 1994 beibehalten, dabei aber einige Veränderungen vornehmen. Ihre Vorstellungen sind bislang noch nicht in Form von Vorschlägen für die neuen Strukturfondsverordnungen konkretisiert. Diese dürften von der Kommission jedoch nicht vor der Sitzung des Europäischen Rates im Dezember 1992 vorgelegt werden.

Einige aus Sicht der Kommission erstrebenswerte Eckpunkte der Modifizierung der Strukturfondsverordnungen hat sie im sogenannten Delors-II-Paket dargelegt. Erwähnenswert ist, daß nach den Vorstellungen der EG-Kommission

- die Ziele 3 und 4 (bisher: Bekämpfung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit) gemäß Artikel 123 des EG-Vertrages um die Aufgabe, Förderung der Anpassung an industrielle Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionsysteme insbesondere durch Umschulung und Fortbildung, erweitert werden sollen;
- das Ziel 5 a (Verbesserung der Agrarstruktur) im Lichte der EG-Agrarreform angepaßt und ein neues Ziel 6 zur Förderung von Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei geschaffen werden soll;
- die Mittel der Strukturfonds von 1992 bis 1997 wiederum real von 17,0 auf 26,8 Mrd. ECU beträchtlich aufgestockt werden sollen. Dies entspricht beim Ziel 1 einer Erhöhung um zwei Drittel und bei den übrigen Zielen um 50 v. H.;
- die Abgrenzung der Fördergebiete (Ziele 1, 2 und 5 b) grundsätzlich nach den gleichen Verfahren und Kriterien wie bisher vorgenommen werden soll, wobei sich die Kommission einen Ermessensspielraum offenhalten will; für die neuen Bundesländer und Berlin (Ost) bedeutet die Anwendung der bisher geltenden Kriterien die Anerkennung als Ziel-1-Gebiet ab 1994;
- der Inhalt der Ziele 1, 2 und 5 b erweitert werden soll, und zwar konkret beim Ziel 1 um Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen und beim Ziel 2 um Maßnahmen zur Anpassung an industrielle Wandlungsprozesse;
- das Planungs- und Antragsverfahren von bisher drei Stufen (Entwicklungsplan, Gemeinschaftliches Förderkonzept, Operationelles Programm) auf zwei reduziert werden soll;
- die Partnerschaftsprinzipien dahin gehend überdacht werden sollen, den regionalen Behörden stärker als bisher die detaillierte Festlegung und Umsetzung der Maßnahmen zu übertragen;
- die Gemeinschaftsinitiativen der Anzahl nach verringert, die für ihre Auflage reservierten Mittel jedoch auf 15 v. H. der gesamten Strukturfondsmittel erhöht werden sollen (bisher 5 v. H.).

Die Bundesregierung bringt ihre Vorstellungen über die Ausgestaltung der zukünftigen EG-Strukturpolitik bei den Verhandlungen im Rat und den Beratungen der vorbereitenden Gremien ein.

Die Haltung der Bundesregierung wird in Ressortbesprechungen zwischen den zuständigen Bundesministerien abgestimmt. Auch das Bundesministerium für Frauen und Jugend ist an den Ressortabstimmungen beteiligt und verfolgt das Ziel, die Reform der Strukturfonds im Sinne der Gleichstellungspolitik der Bundesregierung und im Sinne der Entschließungen des Rates vom 21. Mai 1991 zum dritten mittelfristigen Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit von Frauen und Männern 1991 bis 1995 und vom 16. Dezember 1988 zur Wiedereingliederung und Späteinigung von Frauen in das Berufsleben zu gestalten.

10. Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß eine effektive Frauenförderung, wie sie z. B. im Dritten Aktionsprogramm zur Förderung von Chancengleichheiten von Frauen und Männern vorgesehen sind, gewährleistet wird?

Das Dritte Aktionsprogramm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern umfaßt als Schwerpunkt die quantitative und qualitative Förderung der Frauenbeschäftigung mit Hilfe der bereits entstandenen Netzwerke und besonders der Gemeinschaftsinitiative zur Förderung der beruflichen Bildung und Beschäftigung NOW.

NOW soll dazu beitragen, daß die Frauen die vom Binnenmarkt und von der technologischen Entwicklung erwarteten positiven Auswirkungen durch eine besondere Förderung verstärkt nutzen können. Die Aktionen in NOW sollen den spezifischen strukturellen Schwierigkeiten der Frauen in der beruflichen Bildung und auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen. Die Bundesrepublik Deutschland sieht in der Gemeinschaftsinitiative NOW trotz der begrenzten Mittel eine Möglichkeit, durch innovative Ansätze und Modellvorhaben ihre Maßnahmen und Aktivitäten zur Förderung der beruflichen Bildung und Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu verstärken, um so

- das wirtschaftliche Potential, das in der Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern liegt, zu fördern,
- der Gleichstellungspolitik der Mitgliedstaaten eine gemeinschaftliche Dimension zu geben und
- durch Transnationalität der Maßnahmen einen Beitrag zur Gestaltung des europäischen Sozialraums zu leisten.

Im Grundsatz begrüßt die Bundesregierung, die Ziele des Dritten Aktionsprogrammes auch mit Hilfe von Gemeinschaftsinitiativen umzusetzen. Sie sieht hierbei die Möglichkeit, durch innovative Maßnahmen die Frauenförderung und Berufsbildung im Rahmen des ESF zu intensivieren und zukunftsweisende Modelle zu erproben.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen besteht die Möglichkeit, Innovationen einzuführen, damit Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten

und so die Bildungsinfrastruktur selbst zu stärken. Sie eröffnen die Möglichkeit, bedarfsgerechte Innovationen zu stimulieren und die Zusammenarbeit auch in der Berufsbildung zum Vorteil der Frauen über die Grenzen hinweg zu intensivieren und zu vertiefen.

Um Frauen die verstärkte Nutzung der Förderpalette der EG-Strukturfonds zu ermöglichen, fördert die Bundesregierung die Informationsverbreitung über die Vorschriften zur Funktionsweise und die Förderkriterien, insbesondere des ESF, auch über die Gleichstellungsstellen bei Bund, Ländern und Gemeinden.

Weiterhin wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, die spezifischen Aktionen (z. B. im Rahmen von NOW) als Modellaktionen und Pilotprojekte durchzuführen, die dazu geeignet sind, vor Ort Bildungsmethoden und Instrumente der beruflichen Eingliederung hervorzubringen, welche den spezifischen Bedürfnissen der Frauen besser angepaßt sind. Dies dürfte eine multiplikative Wirkung auf alle vom ESF kofinanzierten Aktionen ausüben.

Um diese Gestaltungsmöglichkeiten voll zu nutzen, unterstützt die Bundesregierung durch Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln die Realisierung berufsbildungspolitisch besonders förderungswürdiger Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Entwicklung von Qualifizierungsmodellen, womit nationale arbeitsmarktpolitische Förderinstrumente ergänzt werden können. Ein Beispiel: Im Rahmen des ersten von NOW geförderten Projektes in der Bundesrepublik Deutschland wird an der TU Braunschweig ein Konzept zur wissenschaftlichen Weiterbildung von Berufsrückkehrerinnen mit akademischem Abschluß entwickelt und erprobt. Hierbei arbeiten Hochschule und Wirtschaft eng zusammen, um auch die notwendige Praxisbezogenheit zu gewährleisten.

11. Teilt die Bundesregierung auch heute noch ihre 1990 geäußerte Auffassung: „Die Bundesregierung hält es nicht für erforderlich, die Einführung des Binnenmarktes durch frauenspezifische Regelungen zur Chancengleichheit von Frauen und Männern zu begleiten.“ (Drucksache 11/6334 S. 6) und „Die Bundesregierung hält einen verbindlichen Gesetzgebungsfahrplan für die Frauenpolitik der EG nicht für erforderlich.“ (Drucksache 11/6334 S. 7)?

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage „Binnenmarkt und Frauenpolitik“ (Drucksache 11/6334, Seiten 6 und 7) darauf verwiesen, daß zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern bereits etliche Richtlinien, Entschließungen und Empfehlungen ergangen sind und der Bedarf an gesetzlichen Regelungen durch die noch anstehenden Richtlinien abgedeckt wird. Dieser rechtliche Rahmen muß, soweit notwendig, auch fortentwickelt werden. Die Bundesregierung ist jedoch weiterhin der Auffassung, daß es nicht eines „Gesetzgebungsfahrplanes“ bedarf, sondern daß es in erster Linie darauf ankommt, bereits bestehende Rechtsnormen in den Mitgliedstaaten umzusetzen. Wichtig ist die Verbesserung der tatsächlichen Situation der Frauen. Das Dritte Aktionsprogramm enthält einen

umfangreichen Fahrplan, der auf die Verbesserung der tatsächlichen Situation von Frauen ausgerichtet ist und eine wichtige Grundlage für die Frauenförderung der Bundesregierung darstellt.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Aspekt der Chancengleichheit von Frauen und Männern und der sozialen Sicherung der Frau das Ergebnis der Maastrichter Vertragsverhandlungen?

Der Vertrag von Maastricht wurde am 7. Februar 1992 von den Außen- und Finanzministern der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet und soll möglichst Anfang 1993 in Kraft treten.

Aus frauenpolitischer Sicht ist das in Maastricht geschlossene Vertragswerk ein weiterer Schritt nach vorn. Die bisherigen Bestimmungen des EWG-Vertrages zur Gleichbehandlung von Frau und Mann beschränkten sich lediglich auf das Gebot der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern in Artikel 119 EWGV.

Im Protokoll über die Sozialpolitik sind nun alle Mitgliedstaaten übereingekommen, daß die Mitgliedstaaten – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs – über die weiter geltenden Bestimmungen zur Sozialpolitik nach den Regeln des Abkommens, das dem Protokoll beigefügt ist, hinausgehen können.

Die Regelungen des Abkommens erweitern die Gestaltungsmöglichkeiten einer gemeinschaftlichen Sozialpolitik über die gelgenden Sozialbestimmungen der Artikel 117 ff. EWG-Vertrag hinaus. Das Prinzip der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz ist nun auch hier festgeschrieben.

Aus frauenpolitischer Sicht bedeutsam ist die ausdrückliche Festschreibung, daß spezifische Vergünstigungen für Frauen zur Erleichterung der Berufstätigkeit oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in ihrer beruflichen Laufbahn nicht gegen den Grundsatz des gleichen Entgelts bei gleicher Arbeit verstößen. Diese Bestimmungen wurden auf Initiative der Bundesregierung in das Abkommen aufgenommen.

Frauenförderung als aktives Instrument zur Erreichung von Chancengleichheit im beruflichen Leben ist damit aus diesem Abkommen ableitbar.

13. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es einer verstärkten Binnenmarktoffensive für Frauen bedarf, um negative Binnenmarkteffekte für Frauen aufzufangen?
Wenn ja, was sollte diese Binnenmarktoffensive für Frauen umfassen?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß, sofern negative Binnenmarkteffekte für Frauen auftreten sollten, die Situation von Frauen auf dem Binnenmarkt offensiv angegangen werden muß.

Eine gezielte berufliche Förderung von Frauen muß dazu beitragen, diese an den positiven Effekten des Binnenmarktes angemessen zu beteiligen.

Insgesamt wird vom Binnenmarkt eine Zunahme an Arbeitsplätzen erwartet. Dabei wird allgemein davon ausgegangen, daß vor allem der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften steigen wird. Frauenförderprogramme im öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft sollten deshalb dazu beitragen, die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Frauen in den qualifizierteren Berufen und Beschäftigungsbereichen zu verbessern. Es wird verstärkt darauf ankommen, das berufliche Spektrum von Frauen zu erweitern, Familientätigkeit bei der Rückkehr ins Berufsleben stärker als bisher anzuerkennen, Frauen in allen Bereichen mehr Aufstiegschancen einzuräumen, Frauen und Männern konkrete Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu geben.

Neu entstehende Arbeitsplätze stellen andererseits höhere Qualifikationsanforderungen. Durch ein auch regional breitgefächertes Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen, die Frauen auf diese Anforderungen vorbereiten, werden Frauenerwerbschancen langfristig gesteigert. Diese Maßnahmen müssen gezielt auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet und entsprechend flankiert werden. Dazu gehören verstärkt Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie quantitativ und qualitativ ausreichende Kinderbetreuungsangebote. Bereits bestehende EG-weite Informationsnetze wie IRIS, ILE und CHILDCARE haben hier einen wichtigen Stellenwert.

Besonders in den neuen Bundesländern muß durch den noch gezielteren Einsatz der beschäftigungsfördernden Instrumente die hohe Frauenarbeitslosigkeit abgebaut werden. Hierzu tragen insbesondere Maßnahmen bei, durch die Frauen für die Übernahme neuer Tätigkeiten qualifiziert werden. Der Einsatz in ABM übernimmt eine Brückenfunktion bis zur Schaffung einer ausreichenden Zahl neuer Arbeitsplätze. Der Anteil der Frauen hierzu soll noch weiter gesteigert werden.

Neben der Verbesserung der Qualifikationsstrukturen der Frauen kommt es entscheidend darauf an, die Arbeitsbedingungen im Binnenmarkt so zu gestalten, daß sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen.

In der Bundesrepublik Deutschland sind mit der Verlängerung des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre und der Erweiterung der Freistellungsmöglichkeiten bei Krankheit des Kindes weitreichende gesetzliche Hilfen verwirklicht worden. Ein weiterer wichtiger Schritt wird die für 1996 geplante Realisierung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz sein.

Die Sozialpartner und einzelne Unternehmen müssen ebenfalls ihren Beitrag zur Lösung der Vereinbarkeitsprobleme leisten. Eine 1991 im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Studie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergab, daß bisher nur ein kleiner Teil von Unternehmen Familienpausenregelungen anbietet, die über den gesetzlichen Erziehungsurlaub hinausgehen. Hier besteht noch ein großer Bedarf, ähnlich wie im öffentlichen

Dienst, Urlaubsregelungen von mehrjähriger Dauer in Anspruch nehmen zu können.

Alternativ zu einer beruflichen Unterbrechung oder im Anschluß an die Familienphase wollen immer mehr Frauen teilzeitarbeiten.

In der Bundesrepublik Deutschland sollten der öffentliche Dienst und die private Wirtschaft ihr Angebot an qualifizierter und sozial abgesicherter Teilzeitarbeit noch stärker erweitern, um diesem Bedarf entgegenzukommen. Die dritte Gleichberechtigungskonferenz des Bundesministeriums für Frauen und Jugend am 1. Dezember 1992 wird sich speziell des Themas „Förderung der qualifizierten Teilzeitarbeit für Frauen und Männer“ annehmen. Ebenso wird das Gleichberechtigungsgesetz der Bundesregierung einen deutlichen Akzent zur Förderung qualifizierter Teilzeitarbeit setzen.

Frauen- und Familienförderung liegen im Interesse der Unternehmen selbst. Gezielte Frauenfördermaßnahmen tragen dazu bei, Fähigkeiten und Leistungspotentiale von Frauen besser zu nutzen und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unternehmen zu halten. Der vom Bundesministerium für Frauen und Jugend herausgegebene „Leitfaden zur Frauenförderung in Betrieben“ soll konkrete Maßnahmen in der privaten Wirtschaft auch in den kommenden Jahren anregen.

Die notwendige Umgestaltung des Wirtschaftssystems in den neuen Bundesländern ist gerade für Frauen mit besonderen Belastungen verbunden. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen eines zunächst auf drei Jahre befristeten Modellversuchs umfängliche Informations- und Beratungsdienste angeboten, die sich an der individuellen Situation der Frau orientieren. In enger Zusammenarbeit mit örtlichen Institutionen und Einrichtungen wie Arbeitsämtern, Weiterbildungsträgern, Kammern und kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wirken sie darauf ein, daß beim Aufbau regionaler Infrastrukturen auch frauenspezifische Belange berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse der im Auftrag der Bundesregierung erstellten Expertise „Erwerbschancen für Frauen aus landwirtschaftlichen Berufen/-ländlichen Regionen der neuen Bundesländer“ zeigen, daß für Frauen auf dem Lande mehr zukunftsträchtige Perspektiven entwickelt werden müssen.

Eine auf Vorschlag der Bundesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe wird bis zum Herbst einen Bericht mit konkreten Maßnahmen vorlegen.

Die räumlichen, zeitlichen, familiären und persönlichen Möglichkeiten und Interessen werden bei der Umsetzung der Maßnahmen stärker als bisher berücksichtigt werden, damit Frauen auf dem Land bei der Heranführung an den regionalen Arbeitsmarkt eine tatsächliche Perspektive eröffnet wird.

Immer mehr Frauen suchen neue Chancen in der unternehmerischen Selbständigkeit. Etwa jedes dritte Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland wird von einer Frau gegründet. Dabei wird das Gründungsverhalten auch durch das umfassende

Angebot an öffentlichen Fördermaßnahmen begünstigt, das die Bundesregierung in Form von Finanzierungs-, Schulungs- und Beratungshilfen für Existenzgründer und -gründerinnen zur Verfügung stellt. Zwar erfolgt die Förderung unabhängig vom Geschlecht; dennoch kommt die Ausgestaltung der Programme den Bedürfnissen von Frauen und ihrer Situation entgegen. So können beispielsweise mit dem EKH-Programm für die neuen Bundesländer auch sehr kleine Vorhaben gefördert werden, wie sie typischerweise von Frauen gegründet werden. Entsprechend gut werden die öffentlichen Förderprogramme insbesondere von Frauen in den neuen Bundesländern in Anspruch genommen. Zu einem Drittel sind es Frauen, die die öffentlichen Existenzgründungsprogramme nutzen. Insgesamt werden mehr als 40 v. H. aller Unternehmensgründungen in den neuen Bundesländern von Frauen vorgenommen.

Neben den öffentlichen Finanzierungs- und Beratungshilfen engagiert sich der Verband Deutscher Unternehmerinnen und der Bundesverband der Unternehmerfrauen im Handwerk mit einem gezielten Weiterbildungs- und Beratungsangebot für Existenzgründerinnen, indem sie Patenschaften für Existenzgründerinnen übernehmen und praktische Beratungshilfe anbieten.

Auch werden durch verschiedene Bildungs- und Beratungsträger, z. B. Frauenvereine, Gleichstellungsstellen, Frauenweiterbildungseinrichtungen, eine Reihe gezielter Existenzgründungsangebote speziell für Frauen zur Verfügung gestellt. Diese erarbeiten zugleich Informationsbroschüren und Orientierungshilfen über Angebote in diesem Bereich bzw. bieten gezielte Seminare an.

Hieraus wird deutlich, daß eine solche Binnenmarktoffensive vielfältig und vielschichtig sein und von allen gesellschaftlichen Gruppen und auf allen Ebenen mitgetragen werden muß, wenn der gewünschte Effekt erzielt werden soll.

Übersicht 1*Europäischer Sozialfonds*

*Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse aufgeteilt nach Leitlinienpunkten
(1989)*

Leitlinienpunkt	Maßnahmen	öffentliche – Beträge in DM –	gemeinnützige Träger	private	insgesamt
2.	<u>Vorrangige Maßnahmen für Jugendliche unter 25 Jahren</u>				
2.1	Berufliche Bildung von Personen unter 18 Jahren, die mindestens 800 Stunden dauert und mindestens 200 Stunden, jedoch nicht mehr als 400 Stunden, Berufserfahrung einschließt und begründete Aussichten auf eine Beschäftigung eröffnet; bei Maßnahmen zugunsten der Beschäftigung in Griechenland und Portugal beträgt die Mindestdauer der erforderlichen Berufserfahrung 100 Stunden.	34 357 272,00	2 024 451,00	–	36 381 723,00
2.2	Berufliche Bildung von Personen, deren Qualifikationen sich in der Praxis als unzureichend oder ungeeignet erwiesen haben, wenn die Maßnahmen auf einen qualifizierten Beruf unter Anwendung neuer Technologien oder auf einen Beruf mit begründeten Aussichten auf Beschäftigung vorbereiten.	78 557 061,00	6 919 900,00	–	85 476 961,00
2.3	Beschäftigung oder Niederlassung auf unbestimmte Zeit an zusätzlichen Arbeitsplätzen oder Beschäftigung für mindestens sechs Monate an zusätzlichen Arbeitsplätzen, die einem öffentlichen Bedürfnis entsprechen.	8 092 284,00	–	30 000,00	8 122 284,00
2.4	Berufliche Bildung durch Beschäftigungsinitiativen von örtlichen Gruppen, möglichst mit Hilfe der regionalen oder kommunalen Verwaltungen im Rahmen der lokalen Entwicklung von Beschäftigungsmöglichkeiten.	–	4 004 532,00	–	4 004 532,00
3.	<u>Vorrangige Maßnahmen für Personen über 25 Jahre</u>				
3.1	Berufliche Bildung für das Personal in Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten, deren Umschulung im Hinblick auf die Einführung neuer Technologien oder die Verbesserung der Verwaltungsmethoden notwendig ist; abweichend von 1.4.2 beträgt die Mindestdauer 100 Stunden.	2 932 436,00	–	–	2 932 436,00
3.3	Berufliche Bildung durch Beschäftigungsinitiativen von örtlichen Gruppen, möglichst mit Hilfe der regionalen oder kommunalen Verwaltungen im Rahmen der lokalen Entwicklung von Beschäftigungsmöglichkeiten.	34 395,00	2 361 964,00	68 796,00	2 465 155,00
4.	<u>Vorrangige Maßnahmen, für die keine Altersgrenze gilt</u>				
4.2	Maßnahmen, die gemeinsam von Trägern aus mehreren Mitgliedstaaten getroffen werden.	1 614 791,00	2 976 558,00	283 000,00	4 874 349,00
4.5	Berufliche Bildung für Langzeitarbeitslose, die den Bedürfnissen dieser Personen entspricht, Motivation und Beratung einschließt und begründete Aussichten auf eine Beschäftigung eröffnet.	24 351 649,00	12 203 968,00	283 338,00	36 838 955,00
4.6	Berufliche Bildung, Beschäftigung oder Niederlassung an zusätzlichen Arbeitsplätzen von Frauen, wenn es sich um berufliche Tätigkeiten handelt, in denen diese nicht ausreichend vertreten sind.	29 333 888,00	5 056 356,00	9 690,00	34 399 934,00

noch Übersicht 1

Leitlinienpunkt	Maßnahmen	öffentliche	gemeinnützige Träger – Beträge in DM –	private	insgesamt
4.7.1	Maßnahmen für Wanderarbeitnehmer und deren Familienangehörige, um ihre Eingliederung in das Aufnahmeland durch berufliche Bildung verbunden mit Sprachunterricht zu fördern; für Personen über 25 Jahre gilt dies nur während der ersten drei Jahre nach dem Wechsel des Wohnsitzes.	47 232 250,00	1 349 961,00	–	48 582 211,00
4.8	Maßnahmen für Behinderte, die fähig sind, sich in den freien Arbeitsmarkt einzugliedern.	71 665 248,00	254 937,00	7 418,00	71 927 603,00
5.	<u>Spezifische Maßnahmen innovatorischen Inhalts</u> Innovatorische Maßnahmen für höchstens 100 Personen, wenn diese Maßnahmen Grundlage für eine spätere Förderung durch den Fonds im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedstaaten abgeben. Diese müssen neue Wege für den Inhalt, die Methoden oder die Organisation von Maßnahmen erproben, für die der Fonds Zuschüsse gewähren kann. Die Begrenzung auf 100 Personen gilt nicht für Maßnahmen, die Teil eines integrierten Mittelmeerprogramms sind.	3 547 608,00	19 762 183,00	3 896 655,00	27 206 446,00

Tabelle 1*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

=====> nur Leitlinienpunkt 2.1. <===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	64 508,00	5	1	0,00	0	0	0,00	0	0	64 508,00	5	1	3,19	12,50
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	684 428,00	56	2	0,00	0	0	0,00	0	0	684 428,00	56	2	33,81	25,00
Nordrhein-Westfalen	349 015,00	93	2	0,00	0	0	0,00	0	0	349 015,00	93	2	17,24	25,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	926 500,00	76	3	0,00	0	0	0,00	0	0	926 500,00	76	3	45,77	37,50
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	2 024 451,00	230	8	0,00	0	0	0,00	0	0	2 024 451,00	230	8	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 2*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

=====> nur Leitlinienpunkt 2.2. <===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	753 620,00	70	2	0,00	0	0	0,00	0	0	753 620,00	70	2	10,89	6,67
Niedersachsen	566 349,00	77	3	0,00	0	0	0,00	0	0	566 349,00	77	3	8,18	10,00
Bremen	1 249 481,00	125	7	0,00	0	0	0,00	0	0	1 249 481,00	125	7	18,06	23,33
Nordrhein-Westfalen	2 406 874,00	338	7	0,00	0	0	0,00	0	0	2 406 874,00	338	7	34,78	23,33
Hessen	530 470,00	44	4	0,00	0	0	0,00	0	0	530 470,00	44	4	7,67	13,33
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	256 104,00	24	1	0,00	0	0	0,00	0	0	256 104,00	24	1	3,70	3,33
Bayern	205 736,00	74	2	0,00	0	0	0,00	0	0	205 736,00	74	2	2,97	6,67
Saarland	559 277,00	60	3	0,00	0	0	0,00	0	0	559 277,00	60	3	8,08	10,00
Berlin	391 989,00	84	1	0,00	0	0	0,00	0	0	391 989,00	84	1	5,66	3,33
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	6 919 900,00	896	30	0,00	0	0	0,00	0	0	6 919 900,00	896	30	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 3*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 2.4. ===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	122 300,00	28	2	0,00	0	0	0,00	0	0	122 300,00	28	2	3,05	10,53
Bremen	306 139,00	21	2	0,00	0	0	0,00	0	0	306 139,00	21	2	7,64	10,53
Nordrhein-Westfalen	2 841 525,00	217	11	0,00	0	0	0,00	0	0	2 841 525,00	217	11	70,96	57,89
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	303 048,00	24	2	0,00	0	0	0,00	0	0	303 048,00	24	2	7,57	10,53
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	431 520,00	18	2	0,00	0	0	0,00	0	0	431 520,00	18	2	10,78	10,53
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	4 004 532,00	308	19	0,00	0	0	0,00	0	0	4 004 532,00	308	19	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 4*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 3.3. ===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	1 608 950,00	77	8	0,00	0	0	1 608 950,00	77	8	68,12	57,14
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	325 469,00	40	4	0,00	0	0	325 469,00	40	4	13,78	28,57
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	427 545,00	17	2	0,00	0	0	427 545,00	17	2	18,10	14,29
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	2 361 964,00	134	14	0,00	0	0	2 361 964,00	134	14	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 5*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.2. ===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	486 170,00	48	1	0,00	0	0	0,00	0	0	486 170,00	48	1	16,33	6,25
Niedersachsen	22 014,00	15	1	0,00	0	0	0,00	0	0	22 014,00	15	1	0,74	6,25
Bremen	512 350,00	57	2	0,00	0	0	0,00	0	0	512 350,00	57	2	17,21	12,50
Nordrhein-Westfalen	327 904,00	63	2	0,00	0	0	0,00	0	0	327 904,00	63	2	11,02	12,50
Hessen	252 954,00	39	2	0,00	0	0	0,00	0	0	252 954,00	39	2	8,50	12,50
Rheinland-Pfalz	212 718,00	20	2	0,00	0	0	0,00	0	0	212 718,00	20	2	7,15	12,50
Baden-Württemberg	649 438,00	57	3	0,00	0	0	0,00	0	0	649 438,00	57	3	21,82	18,75
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	513 010,00	75	3	0,00	0	0	0,00	0	0	513 010,00	75	3	17,24	18,75
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	2 976 558,00	374	16	0,00	0	0	0,00	0	0	2 976 558,00	374	16	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 6*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.5. ===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	112 965,00	9	1	116 423,00	6	1	0,00	0	0	229 388,00	15	2	1,88	4,35
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	145 554,00	15	1	54 707,00	16	1	0,00	0	0	200 261,00	31	2	1,64	4,35
Bremen	69 100,00	12	1	937 266,00	79	6	0,00	0	0	1 006 366,00	91	7	8,25	15,22
Nordrhein-Westfalen	1 369 801,00	220	13	832 580,00	168	10	0,00	0	0	2 202 381,00	388	23	18,05	50,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	1 582 484,00	99	6	3 941 237,00	161	4	0,00	0	0	5 523 721,00	260	10	45,26	21,74
Berlin	3 041 851,00	415	2	0,00	0	0	0,00	0	0	3 041 851,00	415	2	24,93	4,35
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	6 321 755,00	770	24	5 882 213,00	430	22	0,00	0	0	12 203 968,00	1 200	46	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 7*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 4.6. <===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	675 970,00	84	2	0,00	0	0	675 970,00	84	2	13,37	5,88
Niedersachsen	224 707,00	29	2	55 000,00	5	1	0,00	0	0	279 707,00	34	3	5,53	8,82
Bremen	372 773,00	41	2	0,00	0	0	0,00	0	0	372 773,00	41	2	7,37	5,88
Nordrhein-Westfalen	1 269 124,00	218	6	578 989,00	92	4	0,00	0	0	1 848 113,00	310	10	36,55	29,41
Hessen	239 179,00	23	4	185 237,00	14	2	0,00	0	0	424 416,00	37	6	8,39	17,65
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	32 466,00	3	1	0,00	0	0	32 466,00	3	1	0,64	2,94
Baden-Württemberg	24 814,00	11	1	268 765,00	26	2	0,00	0	0	293 579,00	37	3	5,81	8,82
Bayern	510 680,00	179	2	71 154,00	3	1	0,00	0	0	581 834,00	182	3	11,51	8,82
Saarland	115 504,00	8	1	431 994,00	34	3	0,00	0	0	547 498,00	42	4	10,83	11,76
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	2 756 781,00	509	18	2 299 575,00	261	16	0,00	0	0	5 056 356,00	770	34	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 8*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 4.7.1. <===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	377 107,00	88	4	0,00	0	0	0,00	0	0	377 107,00	88	4	27,93	33,33
Hessen	589 908,00	144	5	0,00	0	0	0,00	0	0	589 908,00	144	5	43,70	41,67
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	382 946,00	150	3	0,00	0	0	0,00	0	0	382 946,00	150	3	28,37	25,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	1 349 961,00	382	12	0,00	0	0	0,00	0	0	1 349 961,00	382	12	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 9*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.8. <===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	158 137,00	68	3	0,00	0	0	0,00	0	0	158 137,00	68	3	62,03	75,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	96 800,00	30	1	0,00	0	0	0,00	0	0	96 800,00	30	1	37,97	25,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	254 937,00	98	4	0,00	0	0	0,00	0	0	254 937,00	98	4	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 10*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 5. <===== nur gemeinnützige Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	4 257 358,00	100	1	4 257 358,00	100	1	21,54	7,14
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	1 505 492,00	40	2	1 505 492,00	40	2	7,62	14,29
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	6 766 243,00	197	4	6 766 243,00	197	4	34,24	28,57
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	244 130,00	30	1	244 130,00	30	1	1,24	7,14
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	780 000,00	18	1	780 000,00	18	1	3,95	7,14
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	1 350 400,00	50	1	1 350 400,00	50	1	6,83	7,14
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	1 256 065,00	21	1	1 256 065,00	21	1	6,36	7,14
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	3 602 495,00	98	3	3 602 495,00	98	3	18,23	21,43
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	0,00	0	0	19 762 183,00	554	14	19 762 183,00	554	14	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 11*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
===== nur Leitlinienpunkt 2.3. ===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	30 000,00	25	1	0,00	0	0	0,00	0	0	30 000,00	25	1	100,00	100,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	30 000,00	25	1	0,00	0	0	0,00	0	0	30 000,00	25	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 12*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
===== nur Leitlinienpunkt 3.3. ===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	- 0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	68 796,00	6	1	0,00	0	0	68 796,00	6	1	100,00	100,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	68 796,00	6	1	0,00	0	0	68 796,00	6	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 13*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
 aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
 =====> nur Leitlinienpunkt 4.2. <===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	283 000,00	60	2	0,00	0	0	0,00	0	0	283 000,00	60	2	100,00	100,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	283 000,00	60	2	0,00	0	0	0,00	0	0	283 000,00	60	2	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 14*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
 aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
 =====> nur Leitlinienpunkt 4.3. <===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	2 243 070,00	116	1	0,00	0	0	2 243 070,00	116	1	44,68	33,33
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	2 777 600,00	352	2	0,00	0	0	2 777 600,00	352	2	55,32	66,67
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	5 020 670,00	468	3	0,00	0	0	5 020 670,00	468	3	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 15*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 4.5. <===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	162 900,00	10	1	0,00	0	0	162 900,00	10	1	57,49	50,00
Bremen	0,00	0	0	120 438,00	8	1	0,00	0	0	120 438,00	8	1	42,51	50,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	283 338,00	18	2	0,00	0	0	283 338,00	18	2	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 16*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 4.6. <===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	9 690,00	4	1	0,00	0	0	9 690,00	4	1	100,00	100,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	9 690,00	4	1	0,00	0	0	9 690,00	4	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 17*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
===== nur Leitlinienpunkt 4.8. <===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	7 418,00	2	1	0,00	0	0	7 418,00	2	1	100,00	100,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	7 418,00	2	1	0,00	0	0	7 418,00	2	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 18*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
===== nur Leitlinienpunkt 5. <===== nur private Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	895 896,00	22	2	895 896,00	22	2	22,99	40,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	2 684 279,00	45	2	2 684 279,00	45	2	68,89	40,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	316 480,00	12	1	316 480,00	12	1	8,12	20,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	0,00	0	0	3 896 655,00	79	5	3 896 655,00	79	5	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 19*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
===== nur Leitlinienpunkt 2.1. ===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	526 462,00	112	4	0,00	0	0	0,00	0	0	526 462,00	112	4	1,53	16,67
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	80 198,00	66	1	0,00	0	0	0,00	0	0	80 198,00	66	1	0,23	4,17
Bremen	945 728,00	459	8	0,00	0	0	0,00	0	0	945 728,00	459	8	2,75	33,33
Nordrhein-Westfalen	15 231 926,00	3 299	6	0,00	0	0	0,00	0	0	15 231 926,00	3 299	6	44,33	25,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	58 813,00	4	1	0,00	0	0	0,00	0	0	58 813,00	4	1	0,17	4,17
Berlin	5 962 867,00	488	2	0,00	0	0	0,00	0	0	5 962 867,00	488	2	17,36	8,33
Bundesanstalt für Arbeit	11 551 278,00	2 465	2	0,00	0	0	0,00	0	0	11 551 278,00	2 465	2	33,62	8,33
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	34 357 272,00	6 893	24	0,00	0	0	0,00	0	0	34 357 272,00	6 893	24	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 20*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
===== nur Leitlinienpunkt 2.2. ===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	912 424,00	288	4	0,00	0	0	0,00	0	0	912 424,00	288	4	1,16	17,39
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	164 121,00	23	3	0,00	0	0	0,00	0	0	164 121,00	23	3	0,21	13,04
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	563 566,00	267	6	0,00	0	0	0,00	0	0	563 566,00	267	6	0,72	26,09
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	448 847,00	108	3	0,00	0	0	0,00	0	0	448 847,00	108	3	0,57	13,04
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	438 781,00	44	3	0,00	0	0	0,00	0	0	438 781,00	44	3	0,56	13,04
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	76 029 322,00	16 980	4	0,00	0	0	0,00	0	0	76 029 322,00	16 980	4	96,78	17,39
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	78 557 061,00	17 710	23	0,00	0	0	0,00	0	0	78 557 061,00	17 710	23	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 21*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 2.3. <===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	144 357,00	53	1	0,00	0	0	0,00	0	0	144 357,00	53	1	1,78	16,67
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	74 885,00	55	1	0,00	0	0	0,00	0	0	74 885,00	55	1	0,93	16,67
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	168 417,00	93	1	0,00	0	0	0,00	0	0	168 417,00	93	1	2,08	16,67
Berlin	9 296,00	3	1	0,00	0	0	0,00	0	0	9 296,00	3	1	0,11	16,67
Bundesanstalt für Arbeit	7 659 329,00	4 597	2	0,00	0	0	0,00	0	0	7 695 329,00	4 597	2	95,09	33,33
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	8 092 284,00	4 801	6	0,00	0	0	0,00	0	0	8 092 284,00	4 801	6	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 22*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 3.1. <===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	2 932 436,00	1 861	1	0,00	0	0	2 932 436,00	1 861	1	100,00	100,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	2 932 436,00	1 861	1	0,00	0	0	2 932 436,00	1 861	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 23*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 3.3. ===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	34 395,00	1	1	0,00	0	0	34 395,00	1	1	100,00	100,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	34 395,00	1	1	0,00	0	0	34 395,00	1	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 24*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.2. ===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	39 454,00	4	1	26 077,00	2	1	0,00	0	0	65 531,00	6	2	4,06	28,57
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	89 678,00	37	2	0,00	0	0	0,00	0	0	89 678,00	37	2	5,55	28,57
Berlin	1 169 112,00	78	1	0,00	0	0	0,00	0	0	1 169 112,00	78	1	72,40	14,29
Bundesanstalt für Arbeit	145 861,00	10	1	144 609,00	9	1	0,00	0	0	290 470,00	19	2	17,99	28,57
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	1 444 105,00	129	5	170 686,00	11	2	0,00	0	0	1 614 791,00	140	7	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 25*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.3. <===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	530 068,00	165	1	0,00	0	0	530 068,00	165	1	100,00	100,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	530 068,00	165	1	0,00	0	0	530 068,00	165	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 26*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.4. <===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch.	ANTR.
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	21 739 685,00	4 929	1	0,00	0	0	21 739 685,00	4 929	1	100,00	100,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	21 739 685,00	4 929	1	0,00	0	0	21 739 685,00	4 929	1	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 27*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 4.5. <===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	50 092,00	5	1	0,00	0	0	50 092,00	5	1	0,21	8,33
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	1 862 973,00	242	6	1 004 323,00	52	3	0,00	0	0	2 867 296,00	294	9	11,77	75,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bundesanstalt für Arbeit	7 328 485,00	1 216	1	14 105 776,00	2 312	1	0,00	0	0	21 434 261,00	3 528	2	88,02	16,67
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	9 191 485,00	1 458	7	15 160 191,00	2 369	5	0,00	0	0	24 351 649,00	3 827	12	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 28*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
=====> nur Leitlinienpunkt 4.6. <===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	18 221,00	9	1	0,00	0	0	18 221,00	9	1	0,06	5,88
Hamburg	60 148,00	80	1	0,00	0	0	0,00	0	0	60 148,00	80	1	0,21	5,88
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	67 132,00	18	2	0,00	0	0	0,00	0	0	67 132,00	18	2	0,23	11,76
Nordrhein-Westfalen	15 219 069,00	5 991	3	134 715,00	17	2	0,00	0	0	15 353 784,00	6 008	5	52,34	29,41
Hessen	207 697,00	13	2	0,00	0	0	0,00	0	0	207 697,00	13	2	0,71	11,76
Rheinland-Pfalz	20 049,00	33	1	0,00	0	0	0,00	0	0	20 049,00	33	1	0,07	5,88
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	300 744,00	167	1	0,00	0	0	0,00	0	0	300 744,00	167	1	1,03	5,88
Berlin	180 446,00	66	1	0,00	0	0	0,00	0	0	180 446,00	66	1	0,62	5,88
Bundesanstalt für Arbeit	9 091 518,00	3 187	2	4 034 149,00	655	1	0,00	0	0	13 125 667,00	3 842	3	44,75	17,65
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	25 146 803,00	9 555	13	4 187 085,00	681	4	0,00	0	0	29 333 888,00	10 236	17	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 29*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.7.1. ===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bremen	71 199,00	14	2	0,00	0	0	0,00	0	0	71 199,00	14	2	0,15	14,29
Nordrhein-Westfalen	1 105 454,00	135	1	0,00	0	0	0,00	0	0	1 105 454,00	135	1	2,34	7,14
Hessen	516 718,00	137	4	6 851,00	4	1	0,00	0	0	523 569,00	141	5	1,11	35,71
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	4 418 731,00	5 747	1	0,00	0	0	0,00	0	0	4 418 731,00	5 747	1	9,36	7,14
Bayern	222 551,00	113	1	0,00	0	0	0,00	0	0	222 551,00	113	1	0,47	7,14
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	180 446,00	233	1	0,00	0	0	0,00	0	0	180 446,00	233	1	0,38	7,14
Bundesanstalt für Arbeit	20 710 300,00	5 478	1	0,00	0	0	0,00	0	0	20 710 300,00	5 478	1	43,85	7,14
Bund	7 000 000,00	2 320	1	13 000 000,00	2 473	1	0,00	0	0	20 000 000,00	4 793	2	42,34	14,29
insgesamt	34 225 399,00	14 177	12	13 006 851,00	2 477	2	0,00	0	0	47 232 250,00	16 654	14	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 30*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse

aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989

===== nur Leitlinienpunkt 4.8. ===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	13 765,00	0	1	696 182,00	59	1	0,00	0	0	709 947,00	59	2	0,99	2,44
Hamburg	2 405,00	0	1	159 089,00	6	2	0,00	0	0	161 494,00	6	3	0,23	3,66
Niedersachsen	17 679,00	0	1	1 367 349,00	96	4	0,00	0	0	1 385 028,00	96	5	1,93	6,10
Bremen	178 366,00	42	4	0,00	0	0	0,00	0	0	178 366,00	42	4	0,25	4,88
Nordrhein-Westfalen	198 155,00	9	7	3 675 183,00	293	14	0,00	0	0	3 873 338,00	302	21	5,40	25,61
Hessen	0,00	0	0	87 983,00	4	2	0,00	0	0	87 983,00	4	2	0,12	2,44
Rheinland-Pfalz	3 336,00	0	1	610 413,00	29	4	0,00	0	0	613 749,00	29	5	0,86	6,10
Baden-Württemberg	217 546,00	8	2	61 289,00	1	1	0,00	0	0	278 835,00	9	3	0,39	3,66
Bayern	128 651,00	3	6	224 882,00	9	6	0,00	0	0	353 533,00	12	12	0,49	14,63
Saarland	73 027,00	13	2	433 363,00	32	7	0,00	0	0	506 390,00	45	9	0,71	10,98
Berlin	181 254,00	7	2	2 193 332,00	199	6	0,00	0	0	2 374 586,00	206	8	3,31	9,76
Bundesanstalt für Arbeit	38 604 046,00	3 473	5	22 537 953,00	1 727	3	0,00	0	0	61 141 999,00	5 200	8	85,32	9,76
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	39 618 230,00	3 555	32	32 047 018,00	2 455	50	0,00	0	0	71 665 248,00	6 010	82	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 31*Europäischer Sozialfonds*

Für die Bundesrepublik Deutschland genehmigte Zuschüsse
 aufgeteilt nach Förderungsbereichen für 1989
 =====> nur Leitlinienpunkt 5. <===== nur öffentliche Träger

	Jugendliche			Erwachsene			Innovatorische Maßnahmen			Insgesamt			Anteil %	
	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zuschuß DM	Pers.*	A.	Zusch. ANTR.	
Schleswig-Holstein	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Hamburg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,99	0,00
Niedersachsen	0,00	0	0	0,00	0	0	732 500,00	24	1	732 500,00	24	1	20,65	16,67
Bremen	0,00	0	0	0,00	0	0	717 307,00	33	2	717 307,00	33	2	20,22	33,33
Nordrhein-Westfalen	0,00	0	0	0,00	0	0	756 535,00	20	1	756 535,00	20	1	21,33	16,67
Hessen	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Rheinland-Pfalz	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Baden-Württemberg	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bayern	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Saarland	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Berlin	0,00	0	0	0,00	0	0	1 341 266,00	35	2	1 341 266,00	35	2	37,81	33,33
Bundesanstalt für Arbeit	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
Bund	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0	0	0,00	0,00
insgesamt	0,00	0	0	0,00	0	0	3 547 608,00	112	6	3 547 608,00	112	6	100,00	100,00

*) Zahl der zu fördernden Personen.

Tabelle 32

	Schleswig-Holstein	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Finanzplan			(Mio ECU)				
			Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen										
— Behinderte	2,981	1,932	—	1,932		1,049	35	0,524	0,525	—
— Frauen	0,732	0,396	—	0,396		0,336	45	0,143	0,143	0,050
<i>Unterschwerpunkt Nr. 2:</i> Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen										
— Arbeit und Bildung sowie Einstellungsbeihilfen nach Qualifizierungsmaßnahmen ⁽²⁾	8,744	7,230	0,106	7,124		1,514	17	0,502	0,505	0,507
Insgesamt Ziel Nr. 3	12,457	9,558	0,106	9,452		2,899	—	1,169	1,173	0,557
Ziel Nr. 4: Junge Menschen										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Sonstige benachteiligte Jugendliche	21,028	11,836	—	11,836		9,192	44	4,658	3,007	1,527
Insgesamt Ziel Nr. 4	21,028	11,836	—	11,836		9,192	—	4,658	3,007	1,527
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	33,485	21,394	0,106	21,288		12,091	—	5,827	4,180	2,084
Artikel 1 Absatz 2	0,444	0,244	0,048	0,196		0,200	45	0,066	0,067	0,067
ESF Intervention insgesamt	33,929	21,638	0,154	21,484		12,291	—	5,893	4,247	2,151

⁽¹⁾ Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45% betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.⁽²⁾ Im Teil Einstellungsbeihilfen nach Qualifizierungsmaßnahmen sind nur die Kosten des Landes für die Einstellungsbeihilfen enthalten.

Tabelle 33

Hamburg

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF					
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992	
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen										
— Frauen	2.320	1.276	0,580	0,696	1.044	45	0,331	0,348	0,365	
— Wanderarbeiternehmer	2.229	1.226	1,114	0,112	1.003	45	0,318	0,334	0,351	
<i>Unterschwerpunkt Nr. 2:</i> Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen										
— Sozialhilfeempfänger	9.100	5.005	0,910	4.095	4.095	45	1,300	1,365	1,430	
— Langzeitarbeitslose	2.704	1.487	0,676	0,811	1.217	45	0,386	0,405	0,426	
<i>Unterschwerpunkt Nr. 3:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
	3.518	1.935	0,880	1.055	1.583	45	0,500	0,526	0,557	
Insgesamt Ziel Nr. 3	19.871	10.929	4.160	6.769	8.942	—	2.835	2.978	3.129	
Ziel 4: Junge Menschen										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen										
— Frauen	0,869	0,478	—	0,478	0,391	45	0,124	0,130	0,137	
<i>Unterschwerpunkt Nr. 2:</i> Sonstige benachteiligte Jugendliche										
	8.124	4.468	2.031	2.437	3.656	45	1,160	1,218	1,278	
<i>Unterschwerpunkt Nr. 3:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
	2.900	1.595	0,725	0,870	1.305	45	0,414	0,435	0,456	
Insgesamt Ziel Nr. 4	11.893	6.541	2.756	3.785	5.352	45	1.698	1.783	1.871	
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	31.764	17.470	6.916	10.554	14.294	—	4.533	4.761	5.000	
Artikel 1 Absatz 2	0,320	0,176	—	0,176	0,144	45	0,046	0,048	0,050	
ESF Intervention insgesamt	32.084	17.646	6.916	10.730	14.438	—	4.579	4.809	5.050	

(¹) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 34

Niedersachsen	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Finanzplan			(Mio ECU)					
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	%(!)	1990	1991	1992	
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen										
— Frauen	8,55	4,70	3,38	1,32	3,85	45,00	0,64	1,40	1,81	
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i> Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen:										
	35,73	19,65	8,23	11,42	16,08	45,00	2,68	6,20	7,20	
<i>Schwerpunkt Nr. 3:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
	19,40	10,67	5,82	4,85	8,73	45,00	1,45	3,30	3,98	
Insgesamt Ziel Nr. 3	63,68	35,02	17,43	17,59	28,66	45,00	4,77	10,90	12,99	
Ziel Nr. 4: Junge Menschen										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen										
— Besonders benachteiligte Jugendliche	44,88	35,12	—	35,12	9,76	21,75	2,44	3,30	4,02	
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
	4,67	2,57	1,40	1,17	2,10	45,00	0,36	0,80	0,94	
Insgesamt Ziel Nr. 4	49,55	37,69	1,40	36,29	11,86	23,94	2,80	4,10	4,96	
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4:	113,23	72,71	18,83	53,88	40,52	35,79	7,57	15,00	17,95	
Artikel 1 Absatz 2	0,82	0,41	—	0,41	0,41	50,00	0,10	0,13	0,18	
ESF Intervention insgesamt	114,05	73,12	18,83	54,29	40,93	35,89	7,67	15,13	18,13	

(!) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 35

Bremen		Öffentliche Ausgaben insgesamt	Finanzplan			(Mio ECU)				
			Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose										
Schwerpunkt Nr. 1: Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit										
Unterschwerpunkt Nr. 1: Besondere Personengruppen — Frauen	7.373	4,055	2,250	1,805		3,318	45	0,585	1,395	1,338
Unterschwerpunkt 2: Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen	13.888	7,638	—	7,638		6,250	45	1,055	2,895	2,300
Insgesamt Ziel Nr. 3	21,261	11,693	2,250	9,443		9,568	45	1,640	4,290	3,638
Ziel Nr. 4: Junge Menschen										
Schwerpunkt Nr. 1: Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben										
Unterschwerpunkt Nr. 1: Besondere Personengruppen — Frauen — Sonstige benachteiligte Jugendliche	6.778	3,728	1,500	2,228		3,050	45	0,665	0,975	1,410
	4,000	2,200	0,750	1,450		1,800	45	0,378	0,544	0,878
Insgesamt Ziel Nr. 4	10,778	5,928	2,250	3,678		4,850	45	1,043	1,519	2,288
Insgesamt Ziel Nr. 3 und Nr. 4	32,039	17,621	4,500	13,121		14,418	45	2,683	5,809	5,926
Artikel I Absatz 2	0,333	0,183	—	0,181		0,150	45	0,050	0,050	0,050
ESF Intervention insgesamt	32,372	17,804	4,500	13,304		14,568	45	2,733	5,859	5,976

⁽¹⁾ Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 36

Nordrhein-Westfalen

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF					
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992	
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i>										
Besondere Personengruppen										
— Frauen	1,500	0,825	—	0,825	0,675	45,00	0,241	0,241	0,193	
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i>										
Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen										
	71,605	39,383	—	39,383	32,222	45,00	9,667	10,740	11,815	
<i>Schwerpunkt Nr. 3:</i>										
Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
	36,364	20,000	—	20,000	16,364	45,00	4,409	5,455	6,500	
Insgesamt Ziel Nr. 3	109,469	60,208	—	60,208	49,261	45,00	14,317	16,436	18,508	
Ziel Nr. 4: Junge Menschen										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i>										
Besondere Personengruppen										
— Frauen und Mädchen	9,127	5,020	—	5,020	4,107	45,00	2,126	1,208	0,773	
— Sonstige benachteiligte Jugendliche	54,967	30,232	—	30,232	24,735	45,00	11,969	7,602	5,164	
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i>										
Ausbildung in neuen Technologien										
	47,100	34,000	—	34,000	13,100	27,80	4,094	4,912	4,094	
<i>Schwerpunkt Nr. 3:</i>										
Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
	29,911	16,451	—	16,451	13,460	45,00	3,638	4,487	5,335	
Insgesamt Ziel Nr. 4	141,105	85,703	—	85,703	55,402	39,26	21,827	18,209	15,366	
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	250,574	145,911	—	145,911	104,663	41,77	36,144	34,645	33,874	
Artikel 1 Absatz 2	1,747	0,961	—	0,961	0,786	45,00	0,262	0,262	0,262	
ESF Intervention insgesamt	252,321	146,872	—	146,872	105,449	—	36,406	34,907	34,136	

(1) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 37

Hessen

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF				
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen	3,336	1,835	1,101	0,734	1,501	45	0,500	0,500	0,501
Insgesamt Ziel Nr. 3	3,336	1,835	1,101	0,734	1,501	—	0,500	0,500	0,501
Ziel Nr. 4: Junge Menschen									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben									
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen									
— Behinderte	0,704	0,387	0,233	0,154	0,317	45	0,105	0,105	0,107
— Wanderarbeitnehmer	15,993	8,796	—	8,796	7,197	45	1,658	2,399	3,140
— Sonstige benachteiligte Jugendliche	14,216	7,819	4,691	3,128	6,397	45	2,132	2,132	2,133
<i>Unterschwerpunkt Nr. 2:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen	3,687	2,028	1,217	0,811	1,659	45	0,552	0,553	0,554
Insgesamt Ziel Nr. 4	34,600	19,030	6,141	12,889	15,570	—	4,447	5,189	5,934
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	37,936	20,865	7,242	13,623	17,071	—	4,947	5,689	6,435
Artikel 1 Absatz 2	0,973	0,535	—	0,535	0,438	45	0,146	0,146	0,146
ESF Intervention insgesamt	38,909	21,400	7,242	14,158	17,509	—	5,093	5,835	6,581

(¹) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 38

Rheinland-Pfalz

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF				
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen									
– Frauen	2,909	2,211	1,760	0,451	0,698	24,0	0,198	0,232	0,268
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i> Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen	17,835	14,498	8,306	6,192	3,337	18,7	0,945	1,111	1,281
<i>Schwerpunkt Nr. 3:</i> Transnationale Maßnahmen	3,616	2,500	2,500	–	1,116	30,9	0,316	0,372	0,428
Insgesamt Ziel Nr. 3	24,360	19,209	12,566	6,643	5,151	21,2	1,459	1,715	1,977
Ziel Nr. 4: Junge Menschen									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen									
– Frauen	1,687	1,407	0,824	0,583	0,280	16,6	0,079	0,093	0,108
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i> Schwer vermittelbare junge Menschen	18,751	14,481	0,113	14,368	4,270	22,8	1,208	1,422	1,640
<i>Schwerpunkt Nr. 3:</i> Transnationale Maßnahmen	2,488	2,075	1,215	0,860	0,413	16,6	0,117	0,138	0,158
<i>Schwerpunkt Nr. 4:</i> Ausbildung in neuen Technologien	1,096	0,914	0,535	0,379	0,182	16,6	0,052	0,061	0,069
Insgesamt Ziel Nr. 4:	24,022	18,877	2,687	16,190	5,145	—	1,456	1,714	1,975
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	48,382	38,086	15,253	22,833	10,296	—	2,915	3,429	3,952
Artikel 1 Absatz 2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ESF Intervention insgesamt	48,382	38,086	15,253	22,833	10,296	—	2,915	3,429	3,952

(¹) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 39

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF					
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992	
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i>										
Besondere Personengruppen										
— Frauen	6,791	3,735	0,578	3,157	3,056	45	0,865	1,017	1,174	
— Wanderarbeitnehmer	0,334	0,184	0,184	—	0,150	45	0,042	0,050	0,058	
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i>										
Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen										
	13,251	7,288	1,000	6,288	5,963	45	1,687	1,985	2,291	
Insgesamt Ziel Nr. 3	20,376	11,207	1,762	9,445	9,169	45	2,594	3,053	3,523	
Ziel Nr. 4: Junge Menschen										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i>										
Besondere Personengruppen										
— Behinderte	2,510	1,381	1,104	0,277	1,129	45	0,320	0,376	0,433	
— Wanderarbeitnehmer	0,334	0,184	0,184	—	0,150	45	0,042	0,050	0,058	
— Schwer vermittelbare junge Menschen	6,862	3,774	0,300	3,474	3,088	45	0,874	1,028	1,186	
Insgesamt Ziel Nr. 4	9,706	5,339	1,588	3,751	4,367	45	1,236	1,454	1,677	
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	30,082	16,546	3,350	13,196	13,536	—	3,830	4,507	5,200	
Artikel 1 Absatz 2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
ESF Intervention insgesamt	30,082	16,546	3,350	13,196	13,536	—	3,830	4,507	5,200	

(1) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 40

Baden-Württemberg

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF					
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992	
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen										
— Frauen										
0,651										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 2:</i> Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen										
1,449										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 3:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
12,920										
Insgesamt Ziel Nr. 3										
15,020										
Ziel Nr. 4: Junge Menschen										
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben										
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen										
16,071										
Insgesamt Ziel Nr. 4										
16,071										
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4										
31,091										
Artikel 1 Absatz 2										
0,307										
ESF Intervention insgesamt										
31,398										
17,269										
—										
14,129										
—										
3,923										
4,756										
5,450										

(¹) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 41

Bayern		Öffentliche Ausgaben insgesamt	Finanzplan			(Mio ECU)					
			Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992	
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose											
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit											
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen											
— Behinderte	11,789	6,799	1,366	5,433	4,990	42	1,491	1,676	1,823		
	10,514	5,708	4,208	1,500	4,806	45	1,724	1,599	1,483		
Insgesamt Ziel Nr. 3:	22,303	12,507	5,574	6,933	9,796	—	3,215	3,275	3,306		
Ziel Nr. 4: Junge Menschen											
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben											
<i>Unterschwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen											
— Behinderte	2,755	1,823	0,677	1,146	0,932	34	0,307	0,307	0,318		
	7,311	4,226	2,843	1,383	3,085	42	1,101	0,976	1,008		
<i>Unterschwerpunkt Nr. 2:</i> Sonstige benachteiligte Jugendliche											
14,373	8,156	5,798	2,358	6,217	43	1,956	2,098	2,163			
Insgesamt Ziel Nr. 4	24,439	14,205	9,318	4,887	10,234	—	3,364	3,381	3,489		
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	46,742	26,712	14,892	11,820	20,030	—	6,579	6,656	6,795		
Artikel 1 Absatz 2	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
ESF Intervention insgesamt	46,742	26,712	14,892	11,820	20,030	—	6,579	6,656	6,795		

(1) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 42

Berlin

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF				
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i>									
Besondere Personengruppen									
— Frauen	7,156	3,936	—	3,936	3,220	45	0,911	1,072	1,237
— Wanderarbeitnehmer	6,667	3,667	—	3,667	3,000	45	0,849	0,999	1,152
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i>									
Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen	19,211	10,566	—	10,566	8,645	45	2,446	2,879	3,320
Insgesamt Ziel Nr. 3	33.034	18,169	—	18,169	14,865	45	4,206	4,950	5,709
Ziel Nr. 4: Junge Menschen									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i>									
Besondere Personengruppen									
— Frauen	1.044	0,574	—	0,574	0,470	45	0,133	0,157	0,180
— Sonstige benachteiligte Jugendliche	5,753	3,164	—	3,164	2,589	45	0,733	0,864	0,992
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i>									
Transnationale Maßnahmen	1,467	0,807	—	0,807	0,660	45	0,187	0,220	0,253
Insgesamt Ziel Nr. 4	8,264	4,545	—	4,545	3,719	45	1,053	1,241	1,425
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	41,298	22,714	—	22,714	18,584	45	5,259	6,191	7,134
Artikel 1 Absatz 2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
ESF Intervention insgesamt	41.298	22,714	—	22,714	18,584	—	5,259	6,191	7,134

(1) Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Bundesrepublik Deutschland

Finanzplan

(Mio ECU)

	Öffentliche Ausgaben insgesamt	Öffentliche Ausgaben je Mitgliedstaat			ESF				
		Insgesamt	Bund und Bundesanstalt für Arbeit	Land und Gemeinden	Insgesamt	% ⁽¹⁾	1990	1991	1992
Ziel Nr. 3: Langzeitarbeitslose									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen									
— Behinderte	128,570	71,331	63,966	7,365	57,239	45	16,525	19,271	21,443
— Frauen	50,996	28,700	14,256	14,444	22,296	44	5,968	7,892	8,436
— Wanderarbeitnehmer	85,900	47,247	43,468	3,779	38,653	45	10,989	12,883	14,781
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i> Besonders zugeschnittene Qualifizierungsmaßnahmen	303,577	199,442	105,128	94,314	104,135	34	28,928	40,256	34,951
<i>Schwerpunkt Nr. 3:</i> Einstellungsbeihilfen	31,780	17,480	17,480	—	14,300	45	6,640	5,820	1,840
<i>Schwerpunkt Nr. 4:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen	79,154	44,046	12,717	31,329	35,108	44	8,817	12,089	14,202
Insgesamt Ziel Nr. 3	679,977	408,246	257,015	151,231	271,731	40	77,867	98,211	95,653
Ziel Nr. 4: Junge Menschen									
<i>Schwerpunkt Nr. 1:</i> Besondere Personengruppen									
— Behinderte	155,389	85,771	84,194	1,577	69,618	45	19,782	23,198	26,638
— Frauen	26,816	15,433	5,167	10,266	11,383	42	4,228	3,539	3,616
— Wanderarbeitnehmer	70,327	38,680	29,884	8,796	31,647	45	8,590	10,549	12,508
— Sonstige benachteiligte Jugendliche	298,824	179,550	71,983	107,567	119,274	40	40,988	39,075	39,211
<i>Schwerpunkt Nr. 2:</i> Ausbildung in neuen Technologien	92,636	59,354	24,975	34,379	33,379	36	9,816	11,643	11,823
<i>Schwerpunkt Nr. 3:</i> Transnationale und innovatorische Operationen	12,755	7,602	5,935	1,667	5,153	40	1,464	1,718	1,971
<i>Schwerpunkt Nr. 4:</i> Schwerpunktübergreifende Maßnahmen	57,239	31,483	6,342	25,141	25,756	45	7,007	8,683	10,066
Insgesamt Ziel Nr. 4	713,986	417,873	228,480	189,393	296,210	41	91,875	98,405	105,833
Insgesamt Ziele Nr. 3 und Nr. 4	1 393,963	826,119	485,495	340,624	567,941	41	169,742	196,616	201,486
Artikel 1 Absatz 2	11,364	6,208	3,578	2,630	5,156	46	1,528	1,709	1,919
ESF Intervention insgesamt	1 405,327	832,327	489,073	343,254	573,097	41	171,270	198,325	203,405

⁽¹⁾ Der Beteiligungssatz soll im Normalfall 45 % betragen; über den endgültigen Beteiligungssatz wird bei der Umsetzung des Förderkonzepts entschieden.

Tabelle 45

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Schwerpunkten

Fünf neue Bundesländer und Ost-Berlin

(in Mio ECU)

Schwerpunkte	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe					Einzelstaatliche Verwaltungen					EIB (5)	EGKS (6)	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
		1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6 + 7	4	5	6	7	8 = 9 + 10 + 11	9	10	11	12	13	14
1. Infrastruktur	1 877	1 877	685	590	95	—	—	1 192	685	507	—	—	p.m.	p.m.	
2. Gewerbliche Investitionen	6 575	1 400	690	640	35	15	—	710	710	—	—	5 175	p.m.	p.m.	
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen	1 072	1 072	470	110	360	—	—	602	507	95	—	—	—	—	
4. Langzeitarbeitslosigkeit	180(1)	180	90	—	90	—	—	90	90	—	—	—	—	—	
5. Jugendarbeitslosigkeit	450(1)	450	225	—	225	—	—	225	225	—	—	—	—	—	
6. Landwirtschaft und Fischerei	2 407	1 157	354	—	—	354	—	803	803	—	—	1 250	—	—	
7. Verbesserung ländlicher Gebiete	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
8. Landwirtschaft und Umwelt	1 255	1 125	396	115	50	231	—	729	630	99	—	130	—	—	
9. Technische Hilfe	119	119	90	45(2)	45	—(3)	—	29	29	—	—	—	—	—	
Insgesamt	13 935	7 380	3 000	1 500	900(4)	600	—	4 380	3 679	701	—	6 555	p.m.	p.m.	

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse können die ausgewiesenen Beträge innerhalb der Schwerpunkte 4 und 5 flexibel angepaßt werden.

(2) Hier von 10 Mio ECU noch nicht zugeordnet.

(3) Bis zu 2,5 % unter den Schwerpunkten 2, 6, 7 und 8.

(4) 225 Mio ECU werden interregional verwaltet.

(5) Infrastrukturvorhaben.

(6) Das Volumen der Anleihen in den EGKS-Revieren unter den Artikeln 54 und 56 EGKS-Vertrag wird für die dreijährige Anwendungsperiode auf 1 100 Mio ECU geschätzt.

Tabelle 46

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Ländern

Fünf neue Bundesländer und Ost-Berlin

(in Mio ECU)

Länder	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe					Einzelstaatliche Verwaltungen					EIB (2)	EGKS (3)	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
	1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6 + 7	4	5	6	7	8 = 9 + 10 + 11	9	10	11	12	13	14	
Insgesamt	13935	7 380	3 000	1 500	900	600	—	4 380	3 679	701	—	6 555	p.m.	p.m.	
Mecklenburg-Vorpommern	2015,2	1 085,2	409,2	177,3	80,1	151,8	—	676,0	586,5	89,5	—	930,0	p.m.	p.m.	
Brandenburg	2321,1	1 217,9	475,8	239,9	103,7	132,2	—	742,1	625,8	116,3	—	1 103,2	—	—	
Sachsen-Anhalt	2473,7	1 277,7	505,4	268,2	114,9	122,3	—	772,3	644,8	127,5	—	1 196,0	—	—	
Sachsen	3 618,0	1 784,0	732,7	444,0	182,8	105,9	—	1 051,3	848,8	202,5	—	1 834,0	—	—	
Thüringen	2 127,9	1 076,9	432,7	244,4	102,3	86,0	—	644,2	529,6	114,6	—	1 051,0	—	—	
Ost-Berlin	819,1	378,3	164,2	116,2	46,2	1,8	—	214,1	163,5	50,6	—	440,8	—	—	
Nicht regional	450,0	450,0	225,0	—	225,0	—	—	225,0	225,0	—	—	—	—	—	
Technische Hilfe	110,0	110,0	55,0	10,0	45,0	—(1)	55,0	55,0	—	—	—	—	p.m.	p.m.	

(1) Bis zu 2,5% unter den Schwerpunkten 2, 6, 7 und 8.

(2) EIB-Anleihen in den fünf neuen Ländern und Ost-Berlin werden auf jährlich 500 Mio ECU geschätzt, im wesentlichen für große Industrie- und Infrastrukturvorhaben.

(3) Das Volumen der Anleihen in den EGKS-Revieren unter den Artikeln 54 und 56 EGKS-Vertrag wird für die dreijährige Anwendungsperiode auf 1 100 Mio ECU geschätzt.

Tabelle 47

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Schwerpunkten

Mecklenburg-Vorpommern

(in Mio ECU)

Schwerpunkte	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe				Einzelstaatliche Verwaltungen						EIB	EGKS	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
		1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6 + 7	4	5	6	7	8 = 9 + 10 + 11	9	10	11	12	13	14
1. Infrastruktur	204,0	204,0	74,5	63,9	10,6	—	—	129,5	74,5	55,0	—	—	p.m.	p.m.	
2. Gewerbliche Investitionen	802,8	195,8	87,9	69,0	3,9	15,0	—	107,9	107,9	—	—	607,0	p.m.	p.m.	
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen	95,3	95,3	42,0	13,2	28,8	—	—	53,3	42,0	11,3	—	—	—	—	
4. Langzeitarbeitslosigkeit	14,4(1)	14,4	7,2	—	7,2	—	—	7,2	7,2	—	—	—	—	—	
5. Jugendarbeitslosigkeit	35,8(1)	35,8	17,9	—	17,9	—	—	17,9	17,9	—	—	—	—	—	
6. Landwirtschaft und Fischerei	563,8	270,8	82,8	—	—	82,8	—	188,0	188,0	—	—	293,0	—	—	
7. Verbesserung ländlicher Gebiete	—	—	{ —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
8. Landwirtschaft und Umwelt	293,6	263,6	92,7	27,0	11,7	54,0	—	170,9	147,7	23,2	—	30,0	—	—	
9. Technische Hilfe	5,5	5,5	4,2	4,2	—	—(2)	—	1,3	1,3	—	—	—	—	—	
Insgesamt	2015,2	1085,2	409,2	77,3(3)	80,1(4)	151,8	—	676,0	586,5	89,5	—	930,0	p.m.	p.m.	

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse können die ausgewiesenen Beträge innerhalb der Schwerpunkte 4 und 5 flexibel angepaßt werden.

(2) Bis zu 2,5 % unter den Schwerpunkten 2, 6, 7 und 8.

(3) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 10 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

(4) Zuzüglich einer Zuwendung für technische Hilfe (bis zu 45 Mio ECU) und für ESF-Maßnahmen (225 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

Tabelle 48

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Schwerpunkten

Brandenburg

(in Mio ECU)

Schwerpunkte	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe					Einzelstaatliche Verwaltungen					EIB	EGKS	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
		1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6+7	4	5	6	7	8 = 9 + 10+11	9	10	11	12	13	14
1. Infrastruktur	291,4	291,4	106,3	91,7	14,6	—	—	185,1	106,3	78,8	—	—	p.m.	p.m.	
2. Gewerbliche Investitionen	999,8	208,6	104,3	98,9	5,4	—	—	104,3	104,3	—	—	791,2	p.m.	p.m.	
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen	128,0	128,0	56,4	17,7	38,7	—	—	71,6	56,4	25,2	—	—	—	—	
4. Langzeitarbeitslosigkeit	19,2(1)	19,2	9,6	—	9,6	—	—	9,6	9,6	—	—	—	—	—	
5. Jugendarbeitslosigkeit	48,2(1)	48,2	24,1	—	24,1	—	—	24,1	24,1	—	—	—	—	—	
6. Landwirtschaft und Fischerei	544,0	261,0	80,0	—	—	80,0	—	181,0	181,0	—	—	283,0	—	—	
7. Verbesserung ländlicher Gebiete	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
8. Landwirtschaft und Umwelt	283,1	254,1	89,5	26,0	11,3	52,2	—	164,6	142,3	22,3	—	29,0	—	—	
9. Technische Hilfe	7,4	7,4	5,6	5,6	—	—	—	1,8	1,8	—	—	—	—	—	
Insgesamt	2 321,1	1 217,9	475,8	239,9(3)	103,7(4)	132,2	—	742,1	625,8	116,3	—	1 103,2	p.m.	p.m.	

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse können die ausgewiesenen Beträge innerhalb der Schwerpunkte 4 und 5 flexibel angepaßt werden.

(2) Bis zu 2,5 % unter den Schwerpunkten 2, 6, 7 und 8.

(3) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 10 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

(4) Zuzüglich einer Zuwendung für technische Hilfe (bis zu 45 Mio ECU) und für ESF-Maßnahmen (225 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

Tabelle 49

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Schwerpunkten

Sachsen-Anhalt

(in Mio ECU)

Schwerpunkte	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe					Einzelstaatliche Verwaltungen					EIB	EGKS	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
	1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6 + 7	4	5	6	7	8 = 9 + 10 + 11	9	10	11	12	13	14	
1. Infrastruktur	333,3	333,3	121,0	104,6	17,1	—	—	211,6	121,7	89,9	—	—	p.m.	p.m.	
2. Gewerbliche Investitionen	1147,6	239,6	119,8	113,5	6,3	—	—	119,8	119,8	—	—	908,0	p.m.	p.m.	
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen	143,0	143,0	63,0	19,8	43,2	—	—	80,0	63,0	17,0	—	—	—	—	
4. Langzeitarbeitslosigkeit	21,6(1)	21,6	10,8	—	10,8	—	—	10,8	10,8	—	—	—	—	—	
5. Jugendarbeitslosigkeit	54,2(1)	54,2	27,1	—	27,1	—	—	27,1	27,1	—	—	—	—	—	
6. Landwirtschaft und Fischerei	504,0	243,0	74,0	—	—	74,0	—	169,0	169,0	—	—	261,0	—	—	
7. Verbesserung ländlicher Gebiete	—	—	{ —	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
8. Landwirtschaft und Umwelt	261,7	234,7	82,7	24,0	10,4	48,3	—	152,0	131,4	20,6	—	27,0	—	—	
9. Technische Hilfe	8,3	8,3	6,3	6,3	—	—(2)	—	2	2	—	—	—	—	—	
Insgesamt	2473,7	1277,7	505,4	268,2(3)	114,9(4)	122,3	—	772,3	644,8	127,5	—	1196,0	p.m.	p.m.	

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse können die ausgewiesenen Beträge innerhalb der Schwerpunkte 4 und 5 flexibel angepaßt werden.

(2) Bis zu 2,5% unter den Schwerpunkten 6, 7 und 8.

(3) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 10 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

(4) Zuzüglich einer Zuwendung für technische Hilfe (bis zu 45 Mio ECU) und für ESF-Maßnahmen (225 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

Tabelle 50

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Schwerpunkten

Sachsen

(in Mio ECU)

Schwerpunkte	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe					Einzelstaatliche Verwaltungen					EIB	EGKS	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
		1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6 + 7	4	5	6	7	8 = 9 + 10 + 11	9	10	11	12	13	14
1. Infrastruktur	578,5	578,5	211,0	182,0	29,0	—	—	367,5	211,0	156,5	—	—	p.m.	p.m.	
2. Gewerbliche Investitionen	2 001,4	417,4	208,7	198,0	10,7	—	—	208,7	208,7	—	—	1584,0	p.m.	p.m.	
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen	236,8	236,8	104,3	32,8	71,5	—	—	132,5	104,3	28,2	—	—	—	—	
4. Langzeitarbeitslosigkeit	35,8 ⁽¹⁾	35,8	17,9	—	17,9	—	—	17,9	17,9	—	—	—	—	—	
5. Jugendarbeitslosigkeit	89,4 ⁽¹⁾	89,4	44,7	—	44,7	—	—	44,7	44,7	—	—	—	—	—	
6. Landwirtschaft und Fischerei	435,1	209,1	64,1	—	—	64,1	—	145,0	145,0	—	—	226,0	—	—	
7. Verbesserung ländlicher Gebiete	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
8. Landwirtschaft und Umwelt	227,2	203,2	71,6	20,8	9,0	41,8	—	131,6	113,8	17,8	—	24,0	—	—	
9. Technische Hilfe	13,8	13,8	10,4	10,4	—	—(2)	—	3,4	3,4	—	—	—	—	—	
Insgesamt	3 618,0	1 784,0	732,7	444,0⁽³⁾	182,8⁽⁴⁾	105,9	—	1 051,3	848,8	202,5	—	1 834,0	p.m.	p.m.	

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse können die ausgewiesenen Beträge innerhalb der Schwerpunkte 4 und 5 flexibel angepaßt werden.

(2) Bis zu 2,5 % unter den Schwerpunkten 6, 7 und 8.

(3) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 10 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

(4) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 45 Mio ECU) und für ESF-Maßnahmen (225 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

Tabelle 51

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Schwerpunkten

Thüringen

(in Mio ECU)

Schwerpunkte	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe					Einzelstaatliche Verwaltungen					EIB	EGKS	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
		1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6 + 7	4	5	6	7	8 = 9 + 10 + 11	9	10	11	12	13	14
1. Infrastruktur	311,1	311,1	113,5	97,8	15,7	—	—	197,6	113,5	84,1	—	—	p.m.	p.m.	
2. Gewerbliche Investitionen	1 071,6	223,6	111,8	106,0	5,8	—	—	111,8	111,8	—	—	848,0	p.m.	p.m.	
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen	129,7	129,7	57,0	17,9	39,1	—	—	72,7	57,0	15,7	—	—	—	—	
4. Langzeitarbeitslosigkeit	19,6 ⁽¹⁾	19,6	9,8	—	9,8	—	—	9,8	9,8	—	—	—	—	—	
5. Jugendarbeitslosigkeit	4904 ⁽¹⁾	49,0	24,5	—	24,5	—	—	24,5	24,5	—	—	—	—	—	
6. Landwirtschaft und Fischerei	354,0	170,0	52,0	—	—	52,0	—	118,0	118,0	—	—	184,0	—	—	
7. Verbesserung ländlicher Gebiete	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
8. Landwirtschaft und Umwelt	185,2	166,2	58,3	16,9	7,4	34,0	—	107,9	93,1	14,8	—	19,0	—	—	
9. Technische Hilfe	7,7	7,7	5,8	5,8	—	— ⁽²⁾	—	1,9	1,9	—	—	—	—	—	
Insgesamt	2 127,1	1 076,9	432,7	244,4⁽³⁾	102,3⁽⁴⁾	86,0	—	644,2	529,6	114,5	—	1 051,0	p.m.	p.m.	

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse können die ausgewiesenen Beträge innerhalb der Schwerpunkte 4 und 5 flexibel angepaßt werden.

(2) Bis zu 2,5 % unter den Schwerpunkten 6, 7 und 8.

(3) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 10 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

(4) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 45 Mio ECU) und für ESF-Maßnahmen (225 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

Tabelle 52

Finanzplan nach Schwerpunkten und Ländern
Zusammenfassung nach Schwerpunkten

Ost-Berlin

(in Mio ECU)

Schwerpunkte	Gesamt-kosten	Öffentliche Ausgaben										Private Quellen	Darlehen		
		Insgesamt	Gemeinschaftsbeihilfe					Einzelstaatliche Verwaltungen					EIB	EGKS	
			Insgesamt	EFRE	ESF	EAGFL	Andere	Insgesamt	Bund + Länder	Gemeinden	Andere				
		1 = 2 + 12	2 = 3 + 8	3 = 4 + 5 + 6 + 7	4	5	6	7	8 = 9 + 10 + 11	9	10	11	12	13	14
1. Infrastruktur	159,0	159,0	58,0	50,0	8,0	—	—	101,0	58,0	43,0	—	—	p.m.	p.m.	
2. Gewerbliche Investitionen	551,8	115,0	57,5	54,6	2,9	—	—	57,5	57,5	—	—	436,8	p.m.	p.m.	
3. Entwicklung menschlicher Ressourcen	62,0	62,0	27,3	8,6	18,7	—	—	34,7	27,3	7,4	—	—	—	—	
4. Langzeitarbeitslosigkeit	9,4(1)	9,4	4,7	—	4,7	—	—	4,7	4,7	—	—	—	—	—	
5. Jugendarbeitslosigkeit	23,4(1)	23,4	11,7	—	11,7	—	—	11,7	11,7	—	—	—	—	—	
6. Landwirtschaft und Fischerei	6,1	3,1	1,1	—	—	1,1	—	2,0	2,0	—	—	3,0	—	—	
7. Verbesserung ländlicher Gebiete	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
8. Landwirtschaft und Umwelt	3,9	2,9	1,2	0,3	0,2	0,7	—	1,7	1,5	0,2	—	1,0	—	—	
9. Technische Hilfe	3,5	3,5	2,7	2,7	—	—(2)	—	0,8	0,8	—	—	—	—	—	
Insgesamt	819,1	378,3	164,2	116,2(3)	46,2(4)	1,8	—	214,1	163,5	50,6	—	440,8	p.m.	p.m.	

(1) Nach Maßgabe der Erfordernisse können die ausgewiesenen Beträge innerhalb der Schwerpunkte 4 und 5 flexibel angepaßt werden.

(2) Bis zu 2,5% unter den Schwerpunkten 6, 7 und 8.

(3) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 10 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

(4) Zuzüglich einer Zuweisung für technische Hilfe (bis zu 45 Mio ECU) und für ESF-Maßnahmen (225 Mio ECU), regional noch nicht zugeordnet.

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333